

1091 Heller.
A und B
F Br. 510
Wolff 32.
Teleph. nachts 6737.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag.
Bollschennam 57544.
Inserate werden laut Tarif
blättern berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzzährlich . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 21. Oktober 1922.

Nr. 248.

Der Schlachtruß der Reaktion.

Seit Jahr und Tag widerhallen die deutsch-nationalen Zeitungen vom wüsten antisemitischen Pogromgeschrei. Kaum jemals wurde die Judenhetze so systematisch betrieben, wie jetzt von den monarchistisch-deutschnationalen Propagandisten der Gegenrevolution. Die Verbearbeitung für den Monarchismus, die Verunglimpfung des demokratischen und republikanischen Gedankens und die zügelloseste Schürung des Judenhasses gehen dabei Hand in Hand. Das ist natürlich kein Zufall. Es hat vielmehr schon August Bebel vor dreißig Jahren darauf treffend hingewiesen, daß die Judenhetze der Reaktion als Deckmantel dient, indem er schrieb, der Antisemitismus werde von den verschiedensten bürgerlichen Parteien und Personen als Abzugskanal benutzt, um die Aufmerksamkeit von der eigenen volksfeindlichen Handlungsweise abzulenken. Das war zu allen Zeiten so. Als Lueger daran ging, das Wiener Kleinbürgertum für den Alexikalismus einzufangen, und es zum Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung zu sammeln, wachte er vor allem die antisemitischen Instinkte dieser politisch und ökonomisch unwissenden Kleinbürgerlichen Schichten. Und nicht anders war es in Frankreich zur Zeit des Dreyfusprozesses, der für die monarchistische Bewegung damals eines der Mittel darstellte, in dem entfesselten antisemitischen Haß und Fanatismus die Massen zu blenden, um sie willig gegen die Republik in die Schlacht führen zu können.

Der Antisemitismus als Mittel zum Zweck: so ist es auch heute. Die deutsche nationalistische Reaktion hat in Deutschland wie auch bei uns wieder die alte Maske des Antisemitismus vorgebunden. Mit Recht konnte der Vorsitzende im Prozesse gegen die Missetäter bei der Ermordung Rathenaus sagen: „Hinter den Mörder und Mordangriffen hebt der fanatische Antisemitismus verantwortungsvoll sein verzerrtes Antlitz empor.“ Das ist treffend. Aber es weist doch nicht erschöpfend den Ursprung und die Urheber des Verbrechens auf. Gewiß, der unmittelbare Urheber des schändlichen Mordmordes, der Deutschland eines seiner besten und edelsten Männer beraubte, ist der Antisemitismus, aber hinter ihm stehen doch noch ganz andere Triebkräfte. Die wahren Schuldigen sind die Führer der deutschnationalen Partei und deren Presse, deren täglich betriebene wüste Pogromhetze schließlich bei den deklassierten, moralisch entwurzelten und sittlich verkommenen jungen Leuten einer gewissen Klasse zu der Auffassung führen mußte, daß die Ausfüllung alles „Jüdischen“ mit Revolver, Maschinenpistolen und Handgranaten eine verdiente Tat sei, die nötig ist, um die Uebel dieser Welt zu beseitigen. Wenn die deutschnationale und deutschgelbe Presse heute verjudet, die über die Mordgefahren verhängten Strafen als „geradezu ungeheuerlich“ hinzustellen, da es sich um „Jungen“ handle, die „in eine Besserungsanstalt gehören und nicht ins Zuchthaus oder Gefängnis“, so ist das allerdings — wenn auch die Täter damit nicht entschuldigt werden können — insofern richtig, daß die Verurteilten nur die Opfer anderer sind, nicht zuletzt die Opfer deutschnationaler antisemitischer Blätter, welche die längste Zeit zur „Befreiung“ von der „Judenrepublik“ durch Mord und Totschlag in Reim und Prosa aufforderten. Wenn die Früchte dieser Hetze reifen, dann sucht allerdings die antisemitische Hepp Hepp-Presse von ihren verheißenen Opfern abzurücken, als ob nicht dieselbe Presse, als die Tat geschah, sie als „Heldentat“, die Mörder als „wahre Tatkraften“ gefeiert hätte!

Was wird auch alles den Juden von diesen Blättern zur Last gelegt. Es gibt kein Uebel und kein Unglück in der Welt, an dem nach ihrer Behauptung die Juden, der „jüdische Geist“, oder die „Judenrepublik“ nicht die Schuld trägt. Kein Schauermärchen ist abernig genug, um nicht erzählt zu werden. Das gilt ebenso von der Behauptung, daß die Juden eine geheime Sekte bilden, welche die „Herrschaft über die Welt“ anstrebt, wie vom Ritualmordmärchen und von der Behauptung, daß

Keine Hoffnung auf baldige Gesundung Deutschlands?

Ungünstige Wirkung der englischen Regierungskrise. — Pessimistische Stimmung. — Stürmische Devisenbörse in Berlin.

Berlin, 20. Oktober. Die Regierungskrise in England hat hier eine sehr ungünstige Wirkung ausgeübt. Man befürchtet, daß die endgültige Regelung der Reparationsfrage nicht nur aus neue hinausgeschoben wird, sondern daß auch die Gewaltpolitik der französischen Nationalisten neue Nahrung finden wird. Es wird als sicher angenommen, daß die Brüsseler Finanzkonferenz vorläufig nicht stattfinden wird und daß in der Reparationskommission die schärfere Richtung wieder die Oberhand gewinnt. Die pessimistische Stimmung kam besonders deutlich an der heutigen Börse zum Ausdruck, wo man jede Hoffnung auf eine baldige Besserung der deutschen Wirtschaft ausgegeben zu haben scheint. Schon gestern waren die Kurse für ausländische Zahlungsmittel erneuert in die Höhe gegangen, heute nahm die Devisenbörse auf Meldungen über schwächere Auslandskurse der Mark wieder stürmische Formen an. Der Dollar stieg von 3192 auf 3551, die Tschechoskrona von 10.498 auf 11.870.

Vor neuen politischen Morden in Deutschland.

Eine Mitteilung Wirths in der Reichstagsitzung. — Ebert führt sein Amt bis 30. Juni 1925 weiter.

Berlin, 20. Oktober. (Wolff.) Der Reichstag beriet heute den gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, betreffend die Wahl des Reichspräsidenten, wonach die Reichsverfassung dahin abgeändert werden soll, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen sollte. Die deutschnationale Fraktion beantragte dagegen, daß die Wahl des neuen Reichspräsidenten am 3. Dezember dieses Jahres vor sich gehen sollte. Abgeordneter März (Zentrum) begründete den gemeinsamen Antrag der Parteien. Er sagte, die überaus schwere finanzielle und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes lasse die Verfassung mit der Ausübung eines Amtes das gesamte deutsche Volk zu vertreten und seine Geschäfte zu besorgen. Er habe sich damit im steigenden Maße während seiner Amtsführung die Sympathie weitestgehender Bevölkerungsteile erworben. Die Parteien wünschten die Verlängerung seiner Amtszeit, weil sie der deutschen Politik den Charakter der Stetigkeit, Geschlossenheit und Festigkeit geben wollten. — Der deutschnationale

Abgeordnete Bergt erklärte, er und seine Freunde würden gegen diesen Antrag stimmen. Der Anfall der Parteien sei aus der Meinung entstanden, daß seine Partei einen eigenen Kandidaten aufstellen würde. Das sei nicht wahr. — Reichskanzler Dr. Wirth bestritt entschieden, daß der Antrag der Mittelparteien eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie sei. Ohne die Tätigkeit des Reichspräsidenten und seiner Freunde würden die Deutschnationalen kaum Gelegenheit haben, im Reichstage zu sitzen. Mit seiner besonnenen Ruhe sei Präsident Ebert in unruhiger Zeit oft genug der Helfer aus der Not für die Krisen des Volkes gewesen. Aus den Provinzen müssen wir heraus, damit die verheerende Agitation von rechts endlich aufhöre. (Zürnischer Widerspruch seitens der Deutschnationalen.) — Abgeordneter Müller-Fraunke (Sozialdemokrat) erklärte, Deutschland werde am besten fahren, wenn das Ausland sehe, daß die Deutschnationalen sich in einer rettungslosen Minderheit befinden, wozu die Annahme des Antrages die beste Gelegenheit bietet. Eine Kandidatur Hindenburg würde die Sozialdemokratie nicht schaden. — Präsident Löbe teilte mit, daß in letzter Zeit die Schlußmaßnahmen für den Reichs-

die Juden nach ihrem Glauben kleine Kinder zu schlachten verpflichtet sind. Die Juden allein sind natürlich auch am Wucher und an der Teuerung schuld, als ob die Bevölkerung nicht sehen würde, daß die „Arier“ das Wuchern genau so gut verstehen, und als ob man im Kriege und nach dem Kriege nicht die tausendfältige Erfahrung gemacht hätte, wie auch die christlichsten und frommsten der Bauern und Händler die Preise hinaufzutreiben verstanden und die arme Bevölkerung ausgeplündert haben. Die deutschnationale Presse entledet sich nicht einmal, zu behaupten, die Juden wären am Ausbruch des Krieges schuld; das behauptet dieselbe Presse, die den Kriegshebern die Mauern gemacht hat, alle Schand- und Gräueltaten des Krieges aufhief, die den Krieg als notwendig, als wahren Heilzustand der Menschheit pries und die vier Jahre lang das „Durchhalten“ bis zum Weißbluten der Völker predigte! Selbstverständlich erzählt die deutschnationale Schmutzliteratur auch, daß die Juden sich im Kriege gedrückt haben — als ob es keine deutschnationalen Taktiker gegeben hätte! — und daß der „jüdische Marxismus“ schuld sei an der jetzigen Krise und Arbeitslosigkeit. Mit einem Wort: alle Nichtwürdigkeiten, alle Not, alles Unglück, die Teuerung, der unglückliche Krieg, die Arbeitslosigkeit, alle Unmoral, stammt nur von den Juden. Und es liegt nur an den von diesen Plagen heimgejagten Menschen, sich davon zu befreien, indem sie sich und ihr Schicksal den deutschnationalen Messiasen anvertrauen, die die Juden totzuschlagen versprechen, worauf die Welt als reines Paradies dastehen werde: ohne

die unglückseligen Kriegsfolgen, ohne Wucher, ohne Vorkensjobber, ohne Unmoral und ohne kapitalistische Ausbeutung.
Die Sache ist herrlich leicht und wunderbar einfach. Da zerbrechen sich Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Staatsmänner und die Völker selbst die Köpfe, wie Not und Krisen zu bannen wären — wach überflüssiges Streben nach Lösung des gordischen Knotens! Man jage die Juden aus dem Lande und alles Unglück hat ein Ende. Schade nur, daß so leicht erkennbar ist, was sich hinter dem wütenden antisemitischen Geschrei verbirgt! Es ist eine alte Erfahrung, daß der Schlachtruß gegen die Juden stets nur der Schlachtruß der Reaktion war und ist. Auch die „Deutschblütigen“ brauchen den von jeher in den Massen genährten Haß gegen die Juden, um durch diese Sündenböcke die Augen des Volkes von den eigenen Sünden abzulenken. Würden die Deutschvölkischen mit ihrem wahren Gesicht vor die Massen treten, ihre wahren Absichten verraten, so würden sie mit eisernem Beien davongejagt werden. Nach dem Weltkrieg, der dem deutschen Volke die Früchte ihrer verbrecherischen Politik zu kosten gab, so daß es heute schier hoffnungslos krank niedergebrosen ist, können die deutschen Nationalisten nicht offen bekennen: seht, die Knechtung und Not des deutschen Volkes ist das Werk unseres größtmöglichen Treibens! Sie können auch nicht offen sagen, daß ihre Absicht die Wiederherstellung der monarchistischen Reaktion ist. Darum jehen sie den wütenden antisemitischen Spektakel ins Werk, suchen die wildesten und trübsten Instinkte im Volke zu we-

lanzler im Hause verstärkt worden seien. — Abg. Strefemann (deutsche Volkspartei) stellt fest, daß der Antrag der Mittelparteien keineswegs auf eine Anregung der Sozialdemokratie zurückzuführen sei. — Abgeordnete Frau Jettin (Kommunistin) verlangt, daß die Präsidentenwahl durch das Volk noch in diesem Jahre erfolge.

In Beantwortung einer persönlichen Bemerkung des Abg. Bergt führt Reichskanzler Wirth aus, nach Nachrichten, die wir haben und nach dem Bekenntnisse eines Mitbeteiligten an einer Verschwörung, müssen wir mit einem neuen politischen Morden in Deutschland rechnen. (Große Bewegung.)

Mit der Mahnung des Abgeordneten Fehrenbach (Zentrum) an die Deutschnationalen, vor allem auf die deutschnationale Presse einzuwirken, um die Mordatmosphäre zu reinigen, schließt die Aussprache. Der Antrag der Mittelparteien wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der äußersten Linken in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung erfolgt am Dienstag.

Mordanschläge gegen Wirth. Eine Verhätigung.

Berlin, 20. Oktober. Zu den Erklärungen des Reichskanzlers erfährt der sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Durch Zufall sind die Polizeibehörden nicht nur auf die Spur eines einzelnen Komplottes, sondern mehrerer Anschläge gegen den Reichskanzler gekommen. Eine jugendliche Person ist von Kreisen, die dem Attentat auf Rathenau nahe stehen, für hohen Sold gedungen worden, den Reichskanzler zu ermorden. Gewissensbisse haben den jungen Mann veranlaßt, von diesem Plane Abstand zu nehmen und die Vorbereitungen in rechts gerichteten Kreisen der Polizei mitzuteilen. Er wurde daraufhin verhaftet und machte Aussagen, welche die Polizei auf neue Fährten lenkten.

Berlin, 20. Oktober. Wie verlautet, wurden in der letzten Zeit an den Reichskanzler Briefe gerichtet, worin ihm das Schicksal Rathenaus prophezeit wird. Die Kriminalpolizei hat daraufhin einen strengen Uebervachungsdienst über die Personen veranlaßt, die für diese Tat in Betracht kommen. Dabei wurden Briefe eines gewissen Schulz aus Leipzig aufgefangen, der einem Bekannten mitteilt, daß er den Reichskanzler ermorden

ten, um bei ihm die Erinnerung an die deutschnationalen Verbrechen vergessen zu machen und es vor ihnen in den Schlamm geratenen Karren spannen zu können.

Daß die verlogenen Phrasen und das Lügengeschrei der „Deutschblütigen“ in den Schichten des sich in seiner Existenz vom Großkapitalismus bedrohten und ökonomisch unorientierten Kleinbürgertums, in den Kreisen der unreifen „völkisch-ariischen“ Studentenschaft und gewisser durch den Krieg entwurzelter sogenannter Intellektueller Anhang gefunden haben, ist gewiß richtig. Aber die Deutschnationalen täuschen sich sehr, wenn sie glauben, damit auch größere Teile der Arbeiterschaft einfangen zu können. Die deutsche Arbeiterschaft ist durch eine zu harte Schule gegangen, als daß sie die deutschnationalen Schwindler nicht durchschauen würde. Sie wird sich über die Ursachen ihrer wirtschaftlichen und politischen Knechtschaft nicht täuschen lassen, denn sie weiß, dank ihrer Kenntnis des Wesens des Kapitalismus und der sozialen Triebkräfte, die wahren Ursachen ihres Elends ebenso richtig einzuschätzen, wie die antisemitischen Hegeleien der Deutschnationalen. Sie kämpft nicht bloß gegen den „jüdischen Kapitalismus“, sondern gegen den Kapitalismus überhaupt, auch wenn es „arischer“ oder frommchristlicher Kapitalismus ist. Sie wird sich hüten, dem zerklüfteten Fährlein der völkischen Judenfreier zu folgen, denn sie weiß, daß hinter der Maske der „Befreier vom jüdischen Joche“ die verzerrte Frage der Reaktion lauert.

Die Handelskammern zur Wirtschaftskrise.

Die Untätigkeit der Regierung in allen wirtschaftlichen Fragen, ihre Hilflosigkeit gegenüber der schweren Wirtschaftskrise, hat nun auch die Unternehmer beider Nationen bewegen, in einer Denkschrift der Regierung ihre Wünsche bekanntzugeben. Es sind wahrhaftig keine revolutionären Forderungen, welche die Unternehmer zu erheben; eine Reihe der aufgestellten Forderungen halten wir für völlig verfehlt, die Wirtschaftskrise zu lindern, sie geben uns dem selbstverständlichen Bemühen der Kapitalisten hervor, bei jeder Gelegenheit gegen die Rechte, die sich die Arbeiter im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den Betrieben erkämpft haben, Stellung zu nehmen und über die wirtschaftlichen Schäden aller Sozialpolitik zu klagen. Wenn man hievon absieht, bleibt aber genug übrig, womit sich die Regierung schon befassen könnte. Neben der toten Gleichgültigkeit der Staatsverwaltung gegenüber den brennendsten Wirtschaftsproblemen atmen die Forderungen der Unternehmer doch wenigstens Leben.

An die Spitze ihrer Forderungen stellen die Zentralen der Handelskammern, von denen die besprochene Denkschrift ausgeht, die Sparfamkeit im Staatshaushalt. Damit wird wohl die Arbeiterschaft ohne weiteres einverstanden sein, es handelt sich nur darum, wo diese Sparfamkeit zuerst einzusetzen hätte. Im Budget des Vorjahres hat man vor allem im Vorkurs der Ministerien für soziale Fürsorge gespart, für eine solche Sparfamkeit würde sich die Arbeiterschaft schonstens bedanken. Bei den geringen Summen, mit denen die soziale Fürsorge hier zu Lande bedacht wird, läßt sich beim besten Willen nichts mehr ersparen und die Unternehmer sehen nun selbst ein, daß der Hebel anderswo eingesetzt werden muß. „Angesichts der besonderen Gefährlichkeit der derzeitigen Krise“, heißt es in der Denkschrift, „wäre an eine Ermäßigung des sehr bedeutenden Heeresauswandes zu schreiben, so weit es die Rücksicht auf die Sicherheit des Staates zulassen“. Wohl gemerkt, es handelt sich hier nicht um eine Denkschrift irredentistischer Deutscher, sondern auch lokaler tschechischer Fabrikanten. Und es wäre nur zu wünschen, daß die tschechischen sozialistischen Parteien sich hier von den kapitalistischen Kreisen ihrer eigenen Nation nicht beschämen lassen, daß nicht nur die Bourgeoisie sondern auch die tschechische Arbeiterschaft gegen die Unertlichkeit der heutigen Heereslasten ankämpft. Ebenso mögen die sozialistischen Regierungsparteien endlich einmal dem unerhörten Skandal ein Ende machen, an den die Denkschrift erinnert und der allen Gesplogeneheiten demokratischer Staaten, ja jedem patriotischen Reinlichkeitsgefühl widerspricht, daß nämlich bei uns überhaupt keine Rechnungsabläufe nach Ablauf eines Budgetjahres vorgelegt werden, obzwar wir ein mit weitgehenden Vollmachten ausgestattetest oberstes Rechnungsfontrollamt besitzen.

Bemerkenswert erscheint auch die Schärfe, mit der die industriellen Kreise gegen gewisse indirekte Abgaben auftreten. Mit einer Herabsetzung der Kohlenabgabe, dieses fürchterlichsten Einfalls, den Rasin jemals gehabt hat, wollen sie sich nicht mehr zufrieden geben, sondern verlangen schlankeweg die völlige Beseitigung dieser, die gesamte Volkswirtschaft wie ein Albdrückenden Abgaben. Ebenso geht die Denkschrift an der Umsatz- und Luxussteuer nicht vorüber, hier verlangen die Handelskammern die Wiederherstellung des alten Umsatzsteuer-

gesetzes, wonach die Steuer ein Prozent, statt der jetzigen zwei Prozent betragen hat.

Einen breiten Raum nehmen die Ausführungen der Denkschrift ein, die sich mit der Zoll- und Handelspolitik befassen. Die Herren Unternehmer, die bei der Regierung nicht anstandslos Anstoß erregen wollen, — sitzt doch einer der ihren, der mit seiner patigen Brutalität einen kleinen Nadin spielt, seit mehr als Jahresfrist im Handelsministerium — sprechen nicht viel über die bisherige staatliche Handelspolitik, deren Geschichte ein einziger großer Irrtum ist und begnügen sich damit, zu sagen, was jetzt zu geschehen hätte. Sie verlangen den Abschluß von Handels- und Zollverträgen, insbesondere mit den Nachbarländern, — von den übrigen Freunden des Herrn Benes schweigen sie sich still — und sprechen sich entschieden gegen jede Prohibition aus, da diese nur die für das Inland bestimmte Produktion, also durchschnittlich 20 Prozent unserer Gesamtproduktion schützt, aber nicht die für das Ausland arbeitende Industrie, die vier Fünftel unserer gesamten industriellen Produktion ausmacht. Die Vorteile, die im alten Oesterreich unserer Industrie durch einen fünfzig Millionen Konsumenten umfassenden Inlandmarkt geboten wurden, müssen durch Handelsverträge und eine zielbewußte Exportpolitik ersetzt werden. Die wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten, die einst bestanden haben, müssen eben, wenn auch in anderer politischer Form wieder geschaffen werden.

Ein besonderes Kapitel, das sich die Unternehmer hätten schenken können, ist in der Denkschrift der Sozialpolitik gewidmet. Die Unternehmer klagen über die Höhe der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsbeiträge, jammern darüber, daß das Kündigungsgesetz und die Arbeitszeit beschränkt ist — sie möchten wahrscheinlich wieder zwölf Stunden arbeiten lassen — und behaupten sogar, daß die Einführung der Betriebsaussschüsse volkswirtschaftlich von Schaden war, weil sie „mitunter eine recht unangenehme empfundene Behinderung und Beunruhigung des Unternehmens zur Folge haben“. Wie schwach dieses Argument ist und wie wenig es in einer Denkschrift zu tun hat, welche den unmittelbaren Ausweg aus der Wirtschaftskrise aufzuzeigen, die Mittel angeben soll, die uns aus ihr herausführen, zeigt schon das einschränkende Wortchen „mitunter“. Die Unternehmer werden doch niemanden glauben machen wollen, daß etwa die Beseitigung der Betriebsaussschüsse eine Abschwächung der Wirtschaftskrise zur Folge hätte! Das zeigt wieder die Beschränktheit des tschechoslowakischen Unternehmertums. In Deutschland und Oesterreich gibt es auch Betriebsräte und trotzdem ist die deutsche und österreichische Industrie am Weltmarkt nicht weniger konkurrenzfähig geworden. Wären unsere Unternehmer großzügig, dann würden sie nicht über die Rechte der Betriebsaussschüsse klagen, sondern mit aller Kraft bestrebt sein, ihre Unternehmungen technisch auf die Höhe zu bringen, damit die tschechoslowakische Industrie den Industrien aller anderen entwickelten kapitalistischen Länder ebenbürtig werde. So wie die Regierung die Pflicht hat, die Volkswirtschaft von den sie fesselnden ungewöhnlich hohen indirekten Abgaben zu befreien, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, die Staatsverwaltung wohlfeiler zu machen, so haben die Unternehmer die ökonomische Funktion — so lange die Produktionsmittel im Besitze von Einzelpersonen sind — nicht nur Mehrwert zu verschleudern, sondern Kapital zu akkumulieren, das heißt, ihre Betriebe auszugestalten und sie auf jene technische Höhe zu bringen, die allein der Industrie eines Exportstaates das Selbstberechtigung gibt.

Inland.

„Der rote Lauf der Welt“.

An den Tagen, da die deutschgelbe Presse ihren neuesten Schwindel — die Sehnsucht nach der „proletarischen Einheitsfront“ — nicht gerade zu begründen sucht, hört man von ihr ganz andere Töne. Während sie, wenn sie ihre Anbiederungsversuche an die Arbeiterschaft unternimmt, vom Kapitalismus und Imperialismus als den Feinden spricht, gegen welche sich das Proletariat — eingeschlossen die Deutschgelben — „zusammenschließen“ müsse, erzählt sie ihren Lesern, die natürlich vom Marxismus keine blasse Ahnung haben, an der Krise und Arbeitslosigkeit sei der „Marxismus“ schuld. Der Kapitalismus kann seine helle Freude daran haben, wie wacker die Deutschgelben seine Sache führen. Am Mittwoch brachte der deutschgelbe „Tag“ unter dem bezeichnenden Titel „Der rote Lauf der Welt“ Berichtigungen, aus denen die Genugtuung darüber, daß die Krise die Arbeiter verelendet, deutlich hervorleuchtet. Er schreibt:

„Der europäische Weitegeier hat die rote Lohnrevolution gelehrt in die Fänge genommen. . . . So weit also haben sie es gebracht, die Weltkämpfer und Kämpfer, die immer den Mund vollhaben! Nachdem das U und A auf ihrer Wissenschaft, der Streit als Kampfmittel, unzureichend ist, stehen sie vor den Tatsachen. . . und wissen sich weder Rat noch Tat. Wir haben hundert- und tausendmal die innere Hohlheit, Sinn- und Zwecklosigkeit des Marxismus (?) gepredigt. . . und jetzt? Jetzt haben uns die Tatsachen recht gegeben. . . . Schaut euch in eurer Zirkel um, aus der bald das letzte Mädelchen ins Verfassungswandern wird, — geht euch nicht ein Licht auf über die rote Herrlichkeit! Geht euch nicht ein Licht auf, daß diese rote Herrlichkeit in Wahrheit ein rotes, blutrotes Trümmersfeld ist!“

Könnte der schäbigste publizistische Soldnackter der industriellen Scharfmacher gefügiger über die Arbeiterschaft schreiben, als es hier der sonst für die „proletarische Einheitsfront“ schwärmende deutschgelbe „Tag“ tut? Er sucht wohl den Anschein zu erwecken, als ginge es nur gegen die „roten Führer“, aber zu groß ist seine Freude darüber, daß der „Streit als Kampfmittel“ in dieser Zeit der Krise nicht genug wirksam sein kann und die „rote Lohnrevolution“ vom Weitegeier „in die Fänge genommen“ ist, als daß er sie hinter den Lügen und Schimpereien auf die „roten Führer“ verbergen könnte. Daß die Behauptung, der Streit sei ein Kampfmittel und eine Bedingung des Marxismus, blödsinnig bis zum Ueßig ist, kann beim „Tag“ nicht wundernehmen, der als „Arbeiterblatt“ ja nicht zu wissen braucht, daß der Streit auch von christlichsozialen und sogar deutschgelben Arbeitnehmerorganisationen als Kampfmittel angewendet wird. Aber die Behauptung des „Tag“ ist nicht nur albern, sie ist auch infam und vor allem darauf berechnet, das Wohlwollen der Ausbeuter den deutschgelben Streikbrecherorganisationen zu erhalten. Um diese Gunst buhlt das Lumpenblatt auch, indem es das heutige Gend als Folge der „roten Herrlichkeit“ hinzustellen sucht. Die Welt ist ein „blutrotes Trümmersfeld“ die Ursache sind nicht Krieg, Krise, Friedensdiktat, Valutajammer, verfehlte Wirtschaftspolitik der Nationalisten u. Imperialisten aller Länder, nein, der „Tag“ weiß es besser: Schuld ist die „rote Herrlichkeit“. Die „Tatsachen“ haben ihm, wie er behauptet, „recht gegeben“. Zwei Tage später, am Freitag, äußert sich aber in demselben „Tag“ der Abgeordnete Hugo Simm über die Krise und ihre Ursachen und kommt dabei zu diesem Schlusse:

„Die Ursache allen Übels, das heute über die Welt geht . . . ist der Pariser Friede. Wir folgen nur der Logik, wenn wir den Wahnsinn von Paris auch für die Krise im tschechoslowakischen Freistaat verantwortlich machen. Wegen den Geist von Paris und den Geist von Prag haben wir unseren Kampf eingeleitet. Näher liegt uns der Kampf gegen den Geist von Prag. . . . Es ist der Geist um Zivno. . . . Er ist der Urheber der besondern Stärke der tschechoslowakischen Wirtschaftskrise.“

Also: Geist von Paris, Geist von Prag und Geist um Zivno: das sind die „Ursachen allen Übels.“ So verkündet der „Tag“ am Freitag. Am Mittwoch dagegen erzählte er, die Schuld an dem „blutroten Trümmersfeld“ sei die „rote Herrlichkeit!“ Was sollen sich da die armen Leser denken? Diese denken sich natürlich gar nichts, freuen sich, wenn ihre Zeitung die „Roten“ begehrt, und mit ihnen freut sich das Ausbeutertum und der Kapitalismus, die im „Tag“ einen so trefflichen Anwalt gefunden haben. Der „Tag“ bemüht sich selber, täglich den Nachweis dafür zu liefern, wie berechtigt es war, daß die Sozialdemokraten für die deutschgelben Anbiederungsversuche wegen Schaffung einer proletarischen Einheitsfront nur einen Fußtritt übrig hatten.

Verlegenheit und Keckheit. Die deutschen Agrarier haben sich mit ihrer jüngsten Auffassung von der augenblicklichen Pflicht der deutschbürgerlichen Abgeordneten begrifflichweise keinen besonderen Dank von den anderen Parteien des Parlamentarischen Verbandes geholt und es ist darum auch gar nicht zu verwundern, daß ihre intimen Befürchten ihre Unzufriedenheit mit der plötzlichen Reorientierung der deutschen Agrarier, wie sie die „Deutsche Landpost“ zeichnete, nicht unterdrücken können. Die „Bohemia“ nimmt in ihrem gestrigen Leitartikel auch einen kleinen Anlauf, um die Agrarier wegen des zweiten Teiles ihres Vorschlages an die Regierung, „nur die gesamtwirtschaftlichen (nicht die nationalen d. Red.) Fragen aufs Tapet zu bringen“, ein wenig herzunehmen. Aber die „Bohemia“ bleibt im Anlauf stehen, besinnt sich, daß es viel besser ist, sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal an den — deutschen Sozialdemokraten zu reiben. Sie tut dies, indem sie das, was von den deutschen Agrariern vorgeschlagen wird, auch als Meinung und Willen unserer Partei hinzustellen versucht. Während wir in Wirklichkeit niemals dergleichen äußerten oder auch nur beabsichtigten. Die Tätigkeit unserer Abgeordneten schon in den ersten Sitzungen der kommenden Session wird zeigen, wie weit wir hievon entfernt sind. Auf die Keckheit der „Bohemia“, die unter anderem auch davon schreibt, daß unsere Partei „das Vertrauen ihrer unter der Wirtschaftskrise leidenden Genossen nicht mehr lange genießen wird“, erbringt es sich, besonders zu antworten. Das Häuflein Deutschdemokraten, das zu erheblichem Teile aus den paar Aktionären und den Schreibern der „Bohemia“ gebildet wird, möge die Sorge um das Vertrauen unserer Wähler nur unsere Sache sein lassen. Jeder Wähler, noch Rechte werden uns auch nur für einen Augenblick in jene Gefolgschaft bringen können, in der uns die Deutschbürgerlichen so gerne sähen. Die Herren Lodgman, Krövel und Raska werden sich um ihre „Einheitsfront“ schon weiter allein bemühen müssen.

Neue Maßnahmen. Der Vorstand des Deutschen parlamentarischen Verbandes hielt gestern unter dem Vorsitz Böhrs eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, der durch die Bildung der neuen Regierung entstandenen

Die Goldwäscherei im Böhmerwald.

Der Onix ist ein gar wichtiges Gestein im Böhmerwalde; im Süden des Gebirges enthält er außer Kalk die berühmten Graphitlager, im Mittelteil, dem Quellengebiet der Votawa, durchziehen ihn goldführende Quarzgänge. Der Böhmerwald ist ein altes Gebirge. Seit Millionen Jahren haben scharfe Bäche, Verwitterung und Abfließen an seinen Abhängen genagt. Die Berge wurden niedriger, Nischenlöcher, Steinmeere und scharfe Grate sind die traurigen Reste einstiger Größe; die leichteren Stoffe schwammen die Einstürzen der Urzeit zu Tal. Die fruchtbare Erde trugen sie weiter, die Staubschen, Blättschen und Körnchen des schweren Goldes blieben am Fuße des Gebirges liegen.

Es ist unbekannt, wann die Menschen die hier in Geröll und Sand versteckten Schätze zu heben begannen; gewiß ist das Gebiet der oberen Votawa der Bergreichenstein eines der ältesten Siedlungsgebiete Böhmens. Böhmen war einst das goldreichste Land der Welt, soweit sie bekannt war. Wie später die goldreichen Länder Amerikas, die Abhänge des Urals und die Landschaften Südafrikas Tausende von Menschenhänden in Bewegung setzten, um dieses edelste, aller Metalle, die Triebfeder der meisten großen und kleinen, erhabenen u. niedrigen Unternehmungen des Menschengeschlechtes, zu gewinnen, so drängte sich auch in unwirlichen Böhmerwalde jahrhundertlang alles nach dem Golde. Wenn man an der oberen Votawa und ihren Nebenflüssen aufwärts wandert, sieht man im Tal beglückte, auch bewaldete Sandhäuser und Schuttberge. Schon um die Burg Nubi sind sie sehr zahlreich. Sie sind die Ueberreste der alten Goldwäscherei, dieser ertren und einfachsten Art heimischer Metallgewinnung. Gewiß hatten die Leute, die sich hier in dem von Wildbächen reichlich versägten Gebieten an immer neuen Sandlagern abmühen, in der Wildnis der

Urwälder und Sümpfe mit noch viel ärgeren Schwierigkeiten zu kämpfen als ihre Nachfahren in Kalifornien und Klondyke.

In diesem Gebiete entstanden schon in vorgeschichtlicher Zeit heidnische Ringwälle und Opferstätten, später die ältesten Stätten des Böhmerwaldes, dann nach zahlreichen kleineren Ortsschaften königliche Städte, wie Schüttenhofen und die beiden Reichenstein (Ober- oder Berg- und Unterreichenstein), in deren Nähe goldreiche Quarzgänge begünstigt angeordnet wurden.

Das Goldfeilen oder Goldwaschen war neben dem Bergbau in den Jahrhunderten bis zu den Hussitenkriegen der Haupterwerbssache der Bevölkerung des Böhmerwaldes und der weithin angrenzenden Landschaft. Man legte sich mit solchem Eifer darauf fest, daß die Acker un bebaut blieben und allgemeine Feuerungen entstanden. Nach den Mitteilungen der altböhmischen Geschichtsschreiber sahen sich die Landesfürsten aus diesem Grunde gezwungen, den Bergbau und die Goldwäscherei unter schweren Strafen einzustellen; eine Mitteilung, die wohl übertrieben ist, da auf die Ertragnisse des Bergbaues immer der höchste Wert gelegt wurde. Bekannt ist die Ueberlieferung, daß die Stadt Bergreichenstein im Jahre 1345 aus der Mannschaft der zugehörigen und mehr als 300 betragenden Quik- oder Goldmühlen den König Johann bei seinem Zuge gegen Landshut in Bayern mit 600 Mann unterstützt habe. Unter diesen Goldmühlen waren die Goldwäschereien zu verstehen, deren jede zwei Mann, in Summe also die ausgeübten 600 Mann, beschäftigte. Und dabei bestand der Bergbau weiter.

Wie unsere Alten beim Goldwaschen vorgehen, kann heute nicht mehr festgestellt werden; doch gibt es heute noch Gebiete in Europa, in denen seit alter Zeit Goldwäscherei auf die einfachste Weise getrieben wird. Eine solche Gegend ist die Merlandschaft der Frau in Ungarn. Die Goldwäscher besitzen da ein von der Kaiserin Maria Theresia ausgestelltes Patent, das sie sorgfältig bewahren.

Der eigentliche Goldwäscher ist dort ein

armer Mann, der nichts als seine Hütte besitzt und mit Ausnahme des Winters das ganze Jahr am Flusse arbeitet. Manche betreiben die Goldwäscherei nur nebenbei, wenn sie ihre Gelder bestelle haben.

Wenn der Schnee schmilzt, machen sich die Wäscher an die Arbeit, im gedungenen Wagen werden Rahn, Geräte und Lebensmittel an Ort und Stelle geführt. Früher zogen sie auch weit an der Mur hinaus ins Steirische hinein und tief nach Ungarn hinunter.

Der geübte Goldwäscher erkennt schon an der Oberfläche des tiefen Schlammes, ob er Gold führt oder nicht. Im bloßen Schlamm hat er nichts zu suchen, dagegen enthalten neue, mit Kies durchsetzte Auswaschungen immer Goldkörner. Zur Probe macht er einen Spatenstich und läßt den ausgehobenen Schwenkhauf in flusse abspülen; wenn sich im Rückstand acht bis zehn Goldstaubkörner zeigen, lohnt die Arbeit. Nun wird das Waschreiß aufgestellt. Dieses besteht aus einem anderthalb Meter langen, einen halben Meter breiten, biden Rappsholze auf vier Füßen; die hinteren Beine sind höher, so daß eine schiefe Ebene entsteht. An den Seiten, mit Ausnahme der unteren, sind Nadeln. Die obere Hälfte des Brettes ist spitzig, an der unteren Hälfte sind 40 bis 50 Kerbfurche quer eingeschnitten. Von den zwei Wäschern hebt der eine mit einem kurzstieligen, breiten, aus Weidenholz gemachten, an der Spitze mit Eisen beschlagenen Spaten Sand aus und legt ihn auf die obere Ende des Brettes, der andere begleit mit einer zwei bis drei Liter haltenden, langstieligen Schöpfkelle aus Weidenholz, die an der Seite ein Loch hat, fortwährend das Brett. Der Kies rollt ab, der Sand wird ausgespült und von den Goldkörnern bleiben die wertvolleren im oberen rauhen Teile hängen, die leichteren in den Kerbfurchnen. Nach etwa 15 Minuten wird das Brett abgespült und der aufgefahrene Goldstaub von dem Brette mit Hilfe von Wasser und einem Wisch von Weidenruten in einen Trog geföhrt. Die Männer wechseln in ihren Tätigkeiten ab.

Das Gold wird mit Hilfe von Quecksilber aus dem es umgebenden Schlamm gewonnen, aus dem Amalgam wird durch ein Tuch das Quecksilber ausgepreßt und das Gold bleibt zurück.

Ein Goldwäscher erwarb dort um 1890 täglich 50—60 Kreuzer, im besten Falle das Doppelte. Das Leben dieser Leute ist sehr beschwerlich. Sie müssen wochenlang im freien Leben, schlafen und lachen. Bei großem Winde oder starkem Regen können sie nicht arbeiten. Da bergen sie sich unter ihre Rähne. Aber es ist ein freies und unabhängiges Leben und sie hängen an ihrer Beschäftigung, die der Vater auf den Sohn vererbt.

Nach den vorfindlichen Zeisenhügeln und vereinzelt Namen zu schließen, wurde die Goldwäscherei auch an dem vom Kubani kommenden Kapellenbache, an der Planitz und an dem Goldseigenbache bei Teschen betrieben. Auch in der Flur bei Volkstitz bei Neuern fanden sich solche Waschalben; sie sind aber bereits größtenteils zu Wiesensand eingeebnet worden.

Zur 18. Jahrhundert wurden Versuche gemacht, die Goldwäscherei im Böhmerwalde wieder einzuführen.

Hofrat Peithner von Lichtenfels wusch im Jahre 1767 in einer Zeit von zwei Stunden mittels einer ganz einfachen Vorrichtung oberhalb Unterreichenstein auf Bergreichensteiner Grunde aus der bloßen Kammer, wie sie gleich unter dem Rasen lag, ein ansehnliches Goldstückchen. Vier Jahre nach Peithners Versuche, im Jahre 1771, kam auf Anordnung der Hofkammer ein eigener Kommissär mit einigen Goldwäschern in die Gegend der Karlsberge bei Bergreichenstein, um hier das Goldwaschen wieder einzuführen. Er hatte aber keinen dauernden Erfolg. Jetzt ist in der Bergreichensteiner Gegend die Goldwäscherei ganz verschwunden und nur noch ein Goldbergwerk im Gange, das aber wegen des bedeutenden Preisfalles des Goldes und der geringen Ergiebigkeit seinen Arbeiterstand von dreißig auf sechs herabsetzen mußte.

Lage durch eine erhöhte Abwehrbereitschaft in der Bevölkerung, durch die Ausgestaltung der Volksgesetzgebung und durch eine Verschärfung der oppositionellen Haltung zu begegnen, wobei die Deutsche Nationalpartei und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei erklärten, im Sinne der Beschlüsse ihrer Parteitage das Schwergewicht ihrer Abwehrbereitschaft außerhalb des Parlaments zu erblicken. Abgeordneter Dr. Lodgman kündigte an, daß er nicht in der Lage sei, in der bevorstehenden Herbstsession den ihm sachgemäß zufallenden Vorsitz zu übernehmen.

Ausweisungen aus dem Gultschiner Ländchen. Das tschechoslowakische Preßbüro bringt folgende Meldung:

Berlin, 20. Oktober. Das „Berliner Tageblatt“ hatte über die Lage der Deutschen im Gultschiner Ländchen geschrieben, besonders über die Härten gegenüber denjenigen Bewohnern, welche für Deutschland optiert haben und daher zwölf Monate nach Ablauf der Optionsfrist, im Jänner 1923, das Land verlassen müssen. Wie jetzt von deutscher amtlicher Stelle erklärt wird, hatte die deutsche Regierung in Prag Forderungen erhoben, damit diese Frist verlängert werde. Die tschechoslowakische Regierung hat dem nicht zugestimmt, weil die Frist im Friedensvertrage von Versailles ausdrücklich vorgegeben ist. Die preussische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die Deutschen, die dieses Land verlassen müssen, Wohnung und Arbeit erhalten.

Der Artikel 85 des Versailler Friedensvertrages bestimmt im Absatz drei: „Personen, welche das . . . Recht der Option ausgeübt haben, müssen innerhalb der darauffolgenden 12 Monate ihren Wohnsitz in jenen Staat verlegen, für den sie optiert haben.“ Die Tschechoslowakei ist also bei ihrem Vorgehen gegenüber der deutschen Regierung formell im Rechte, obwohl man drei Jahre nach dem Abschluß dieses ungeliebten Vertrages doch erwarten sollte, daß die tschechoslowakische Regierung nicht alle grausamen und harten Bestimmungen dieses Vertrages gegenüber Deutschland rückwärtslos in Anwendung bringt. Ein Entgegenkommen gegenüber der deutschen Regierung wäre auch ein Gebot der Klugheit gewesen, in einem Augenblick, da angesichts der schweren Wirtschaftskrise die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu unseren Nachbarländern den verantwortlichen Staatsmännern einleuchten sollte. Es hätte den Staat nicht ungebracht, wenn im Gultschiner Ländchen ein paar Leute gewohnt hätten, die deutsche Staatsbürger sind. Es spricht aus der Verfügung der tschechoslowakischen Regierung, der engherzige vorwärtliche Geist, den man sich vorstellen kann, der zu einem demokratischen Staat etwa paßt, wie die Faust aufs Auge. Die tschechoslowakische Regierung denkt wahrscheinlich auch gar nicht daran, daß tausende tschechoslowakische Staatsangehörigen im Ausland leben und das die tschechoslowakischen Staatsangehörigen der Befehr von Revolutionsmaßnahmen der deutschen Regierung ausgeföhrt sind. So gefährdet die sonderbare Politik des Herrn Bensch die eigenen Staatsangehörigen, die im Ausland leben.

Die Methode Dr. Raschins. Dr. Raschin will sparen. Schön! Wir stimmen seinem Grundsatz vollinhaltlich zu. Aber eigentümlich ist die Methode zu nennen, die er zur Verwirklichung seines Grundsatzes verwendet. Er läßt nämlich — so schreibt „Nude Pravo Bečerin“ — ein Zirkular an alle Beamten versenden, sie mögen ihn persönlich und auch eventuell vertraulich in einem an ihn direkt gerichteten Briefe mitteilen, wo und wie vielleicht in anderen Beamten gepart werden könnte. Herr Dr. Raschin tut sehr naiv. Militär, Auslandspropaganda, Ministerfahrten, kurz alle die überflüssigen Ausgaben, die genügend oft von den Oppositionsparteien an den Pranger gestellt worden sind — darum kümmert er sich nicht. Aber Arbeiterlöhne und Beamtengehälter versteht er zu brüden. Und noch eines versteht er, wie obiger Meldung zu entnehmen ist: niedrige Zinssätze zu werden. Denn es ist wohl anzunehmen, daß jene Beamten, die „vertraulich“ an ihn selbst Berichte über Ersparungsmaßnahmen abgeben lassen werden, dies auf Kosten anderer werden tun müssen, von der Sucht erfüllt, bei ihrem Herrn und Gebieter sich ein uschmeicheln. Wahrscheinlich wird ihnen das Finanzministerium für jeden „guten“ Fall Prämien zahlen. Damit hätte sich die Ersparungsmethode allerdings sehr bewährt.

Offensive der Merikalen. Dieser Tag wurde in Prag eine Konferenz der römisch-katholischen Bischöfe der tschechoslowakischen Republik abgehalten. Dort wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Es soll ein Hirtenbrief über die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat, über die Schule, gegen die gemeinsame Bemühung der Kirchen und der Friedhöfe veröffentlicht werden. 2. Bei der Regierung sollen energische Schritte gegen jede Verletzung der Rechte der katholischen Kirche unternommen werden. — Die Merikalen der tschechoslowakischen Republik sind unbeschreiblich. Aufstatt dem Staate zu danken, der ihnen weit mehr als das gegeben hat, was ihnen gebührt, laufen sie gegen diesen Staat „energisch“ Sturm. Aber Vater Sramek ist kein unwissendes Kind, das Jesus zu sich kommen läßt. Er weiß, was er tut. Er geht lieber selbst, voll von jesuitischer Schlanheit, zu — Szechla und sagt ihm: „Laß uns nur tüchtigen Kravall machen. Dann hast Du die gute Ausrede, uns nicht widerstanden haben zu können. Du hast Deine Ruhe und wir das, was wir haben wollen.“ Wir sind neugierig, ob Szechlas Regierung dem Merikalen Kravall widerstehen oder unterliegen wird.

Mandatsverzicht. Abgeordneter Desider Koback in Neustadt a. d. Waag (tschech. Sozialdemokrat) hat freiwillig auf sein Mandat verzichtet. Sein Nachfolger wird der Eisenbahnenbedienstete Robert Farbula aus Begint sein.

Der Lohnkonflikt in der mittelböhmisches Metallindustrie.

Nach keine Einigung.

Prag, 20. Oktober. Vom Metallarbeiterverband wird zum Lohnkonflikt in der mittelböhmisches Metallindustrie mitgeteilt: Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeiterorganisationen, die heute im engen Verhandlungsausschuß gepflogen wurden, endeten wieder resultatlos. Die Arbeitgeber fordern nach Vorlage des letzten Vorschlages der Arbeitervertreter eine Frist zu einer beson-

deren Beratung in ihrem erweiterten Ausschuß. Nach dieser Beratung würden die Arbeiterorganisationen Antwort erhalten, worauf man zu weiteren Verhandlungen schreiten könnte. Man kann daher die Verhandlung nicht als gescheitert ansehen. Die neuen Verhandlungen im engeren Ausschuß werden wahrscheinlich in den ersten Tagen der kommenden Woche stattfinden.

Die Lohnverhandlungen im nordwestböhmisches Revier.

Brüg, 20. Oktober (Eigenbericht). Die heute in Brüg geführten Verhandlungen über den Lohnabbau im nordwestböhmisches Revier, an welchen sich auch Sektionschef Dr. Fischer vom Ministerium für öffentliche Arbeiten beteiligte, haben in den meisten von den Werken aufgeworfenen Fragen zu einer wesentlichen Annäherung geführt, doch wurde beiderseits der Vorbehalt gemacht, daß die Gültigkeit der bisherigen Ergebnisse von der Einigung über noch offene Fragen

abhängig ist. In dieser Beziehung bietet die größte Schwierigkeit die Festsetzung der Zeitlöhne für die sogenannten Revierarbeiter, bezüglich welcher die Arbeitervertreter erklären, die vollständige Aufhebung der im November 1920 festgesetzten Teuerungszulagen nicht annehmen zu können. Die Verhandlungen werden in einem engeren Komitee morgen Samstag vormittags fortgesetzt werden.

Einigung im westböhmisches Revier.

Pilsen, 20. Oktober. (Tsch. P. B.) Freitag, den 20. d. M., fanden den ganzen Tag über Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen und der Arbeitgeber, die im Westböhmisches Bergbauverband vereinigt sind, über die Herabsetzung der bisherigen Löhne statt. Es kam zu einer vollkommenen Einigung auf folgender Grundlage: Der Durchschnittslohn der Häuer wurde mit 43 K., des Hanteföhlers und Aufstaders mit durchschnittlich 33,50 K. unter der Voraussetzung der Erreichung der normalen Leistung festgesetzt. Die durch den Vertrag vom 10.

September 1920 festgesetzten Lohn tabellen ermäßigen sich um 30 Prozent, einschließlich der im Monate Mai laufenden Jahres durchgeführten Lohnherabsetzungen. Die Qualifikationszulagen und die Prämie wird gleichfalls um 30 Prozent herabgesetzt. Alle Teuerungszulagen ermäßigen sich um 25 Prozent. Die Entlohnungen für Ueberstunden an Wochen-, Sonn-, Feiertags- und Normtagen werden um 50 Prozent herabgesetzt. Für nichtentschuldigbare Schichten wird ein perzentueller Teil des Deputatslohnausmaßes abgezogen.

Ausland.

Tschitscherin über die auswärtige Politik Rußlands.

Die letzten Sowiejereitungen bringen ein Interview mit dem Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin. Der Volkskommissar teilte den Sowjetjournalisten seine Eindrücke während seines sechsmonatlichen Aufenthaltes in Europa mit. Nach Tschitscherins Worten sind Genua, Haag und die interalliierten Konferenzen über die deutsche Reparationszahlungen Merkmale des Gegenstandes und des beginnenden Kampfes zwischen England und Frankreich. Dieser Kampf sei durch die Tatsache hervorgerufen, daß England seine überseeische Absatzmärkte zu verlieren beginne und ihn in dem wirtschaftlich erstarbten Frankreich ein Gegner und Konkurrent in Europa ersehnen sei. Dieser Kampf erkläre das große Interesse der beiden konkurrierenden Mächte für die russischen Angelegenheiten. Was Mitteleuropa anbetrifft, so zeige sich unter dem Eindruck der schweren Lage Deutschlands, daß durch die Politik Poincarés ruiniert sei, eine starke Hinneigung der deutschen Öffentlichkeit zu Rußland, sowie eine große Sympathie der Deutschen für die internationale Sowjetpolitik. Die Popularität Sowjetrußlands in Deutschland, Österreich und Italien sei, nach den Worten Tschitscherins, ungeheuer. Ferner wies Tschitscherin auf die äußerst zugespitzte Lage zwischen der 2. und 3. Internationalen einerseits, und der kommunistischen Internationale andererseits, hin. Der gemäßigte Sozialismus neige immer mehr nach rechts, der rechte Flügel der Arbeiterbewegung werde immer reaktionärer und haffe mehr und mehr Sowjetrußland. Die Sozialisten seien, nach der Verschärfung des Volkskommissars, in der ganzen Welt die ärgsten Feinde Sowjetrußlands. Indem er auf die Frage der politischen Aufgaben der Sowjetregierung überging, wies Tschitscherin darauf hin, daß die internationale Politik Rußlands eng mit der wirtschaftlichen verbunden sei. Jede Konfession stärke die internationale Lage Sowjetrußlands und jeder Erfolg fördere die Entwicklung der russischen Produktion. Falls während der Reparationskrise Poincaré Lloyd George gegenüber 800.000 Argumente in Gestalt von 800.000 Soldaten aufweisen konnte, so habe auch Rußland solche Argumente. Doch das Hauptargument der Sowjetregierung sei das Petroskum, dieser Lebensnerv der Kriegstechnik, der Schlüssel zu den Weltbeziehungen und der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Zum Schluß des Interviews bemerkte Tschitscherin, daß die alte Welt sich in einem Zustande der Gährung und der Zerlegung befinde, und daß an Stelle dieser verfallenden Welt neue Völker treten werden, denen die Zukunft gehöre.

Der neue Außenminister Deutschlands.

Berlin, 20. Oktober. Wie wir erfahren, hat Reichsminister Dr. Brüning mit dem ehemaligen Reichsfinanzminister im Kabinett Fehrenbach, von Raumer, wegen Uebernahme des Postens als Minister des Äußeren verhandelt.

Telegramme.

Protestversammlung der Angestellten in Teplitz.

Teplitz, 20. Oktober (Eigenbericht). Heute fand hier im Repräsentanten eine öffentliche Protestversammlung der deutschen und tschechischen Angestellten aller Berufswege und der öffentlichen Dienste statt, die sehr zahlreich besucht war. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten Abgeordneten Genossen Pirsch zu und stellte in einer Resolution fest, daß in den letzten Monaten die Wirtschaftskrise für die arbeitenden Menschen furchtbare Wirkungen gezeitigt hat. Dies zwingt die Angestellten, gegen die Latentlosigkeit der Regierung und das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer energischer Protest einzulegen. Die Versammlung fordert von der Regierung Schutz der Angestellten auf geschäftlichem Gebiete und verlangt vor allem in Verbot der Kündigungen am 15. November. Für die öffentlichen Angestellten sprach sodann Genosse Dr. Hahn, der die Wirkungen des schändlichen Dezenbergesches ausführlich beleuchtete und hierauf eine Entschließung vortrug, die die nächsten Forderungen der öffentlichen Angestellten beinhaltet. Neben der Aufhebung des Dezenbergesches wird vor allem infolge der Mietzinserhöhungen die Erhöhung der Ortszulage von 50 Prozent auf 75 Prozent gefordert. Die Teuerungszulagen sind in die Gehälter einzurechnen. Dies gilt auch für die Pensionisten. — Die Entschließungen wurden einstimmig angenommen.

Die Vorgänge beim Zirkus Busch.

Rede Severings im Landtag.

Berlin, 20. Oktober. Im preussischen Landtag erklärte der Minister des Innern Severing, die Vorgänge beim Zirkus Busch seien in keiner Weise zu beschönigen. Er müsse sich jedoch gegen eine Annäherung der Staatsgewalt durch Uebernahme verwehren. Die Kommunisten hätten die Absicht, den Zirkus Busch zu besetzen. „Dabei handelt es sich doch nicht mehr um den Schutz der Republik, sondern um etwas mehr, das Sie (nach der Linken gedenken) das „Vorwärtstreiben der Revolution“ nennen. Etwas Würdeloseres als die Zusammenziehung der Sprengkolonnen kann man sich nicht denken.“ (Lärm bei den Kommunisten und beleidigende Zurufe gegen den Minister.) Der Abgeordnete der deutschen Volkspartei Ghyern wendet sich gegen die Nachlässigkeit der Polizei. Im weiteren Verlaufe der Debatte richtete dann Minister des Innern Severing an die Rechte die Mahnung, auf jeden Selbstschutz zu verzichten, wenn es ihr ernst sei mit der Aufrichtung der Staatsautorität. Selbstschutz sei nur Selbstbetrug und Selbstschädigung. Abgeordneter Jansen (Demokrat) forderte, daß die Untersuchung von einer Stelle durchgeführt werde, die über dem Polizeipräsidenten steht. Abgeordneter Orzeszinski (Sozialist) erklärte gegen den Bund für Freiheit und Ordnung müsse rücksichtslos vorgegangen werden.

Der ehemalige Minister Burian gekorhen.

Wien, 20. Oktober. Der ehemalige Minister des Äußeren der Oesterreich-Ungar. Monarchie Graf Stephan Burian ist heute im 71. Lebensjahre gestorben.

Burian war im Jahre 1851 in Stampfen bei Breßburg geboren und zunächst im Konsulardienst im Orient und in Rußland tätig. Später wurde er Gesandter in Sofia, dann in Stuttgart, schließlich in Athen, von wo er im Jahre 1903 zur Leitung des Reichsfinanzministeriums berufen wurde, an dessen Spitze er neun Jahre stand. Bald nach Ausbruch des Krieges, im Jänner 1915 wurde er Minister des Auswärtigen, im November 1916 wieder Finanzminister und war vom April bis Oktober 1918 zugleich Minister des Auswärtigen. Er hat sich weder durch politische Begabung noch durch Weisheit ausgezeichnet.

Spaltung der französischen Kommunisten

Paris, 20. Oktober. (Havas.) Der Kongreß der kommunistischen Partei hat seine Arbeiten beendet. Als Bailant Courtrier den Antrag verlas, Moskau den Schiedspruch zu überlassen, erklärte Tommasie namens der Linken, daß er den Schiedspruch Moskaus nicht annehme. Das bedeutet eine Spaltung zwischen dem Zentrum und der Linken und damit eine Schwächung der Moskauer Internationale. Vor diesem Abschluß war es zu erregten Auseinandersetzungen gekommen. Jules Blanc, einer der ältesten Wortkämpfer des Kommunismus, beanspruchte für sich das Recht, seine Meinung sagen zu dürfen. Moskau sei auf Irrwegen, die Moskauer Exekutive keine der französischen Bauer nicht. Dieser sei kein Alphabet und man dürfe ihn auch nicht als einen Bourgeois bezeichnen, wie Trotski dies in einer Broschüre getan habe. Redner wendete sich in heftigen Worten gegen die Vormundschaft der Pariser Parteileitung. An der Spitze der Partei müßten ehrliche Männer stehen. Hierauf stellte Frossard fest, daß eine ernste Krise ausgebrochen sei. Das Zentrum könne ohne die Unterstützung der Linken die Verantwortung für die Leitung nicht übernehmen. Er schlug deshalb vor, 30 Provinzdelegierte mit der Mission zu betrauen, einen Ausgleich herbeizuföhren. In geheimer Sitzung schlug Souverine vor, daß Frossard das Generalsekretariat behalten solle. In der Nachtung teilte die Konfliktkommission, die schon am ersten Tage eingesetzt worden war, die Namen der ausgesetzten Mitglieder mit, deren Zahl sich auf 48 beläuft. — Die „Humanité“ verläßt den Austritt einiger Redakteure aus dem Redaktionsverband.

Bertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 20. Oktober. (Havas.) Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Dienstagssitzung der Kammer forderte die Regierung die Fortsetzung der Budgetdebatte an diesem Tage und erklärte hiebei die Vertrauensfrage zu stellen. Der Antrag der Regierung wurde mit 380 gegen 148 Stimmen angenommen.

Überkennung des Beamtenstreikrechtes in Deutschland.

Berlin, 20. Oktober. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ erwartet gestern das Reichsgericht die Revision des Urteiles gegen eine größere Anzahl von Eisenbahnbeamten, die im Zusammenhang mit dem Reichseisenbahnerstreik zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Der Reichsanwalt erklärte in der Verhandlung, ein Streikrecht der Beamten könne es nicht geben; dies folge schon aus dem Verhältnisse der Beamten zum Staate und aus dem Disziplinarrechte. Das den Beamten verleihe das Disziplinarrecht bedeute nur das freie Vereinigungs- und Versammlungsrecht, nicht aber das Recht zur Niederlegung und Verweigerung der Arbeit. Das Reichsgericht trat darauf dem Antrage des Reichsanwaltes auf Verwerfung sämtlicher Revisionen bei.

Der polnisch-jugoslawische Handelsvertrag.

Warschau, 20. Oktober. Der gestern abgeschlossene polnisch-jugoslawische Handelsvertrag beruht auf dem Prinzip der Weisbegünstigung und ähnelt anderen, z. B. dem zwischen Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Vertrage. Polen wird bei der Ausfuhr nach Jugoslawien die Minimalzolltarife benützen. Jugoslawien reflektiert vor allem auf polnische Textilwaren, landwirtschaftliche Produkte und Chemikalien. Polen beabsichtigt aus Jugoslawien Wein, Mais und Getreide zu importieren.

Zusammentritt der Orientkonferenz am 13. November.

Paris, 20. Oktober. (Havas.) Lord Curzon hat an Poincaré ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Zusammentritt der Orientkonferenz für den 13. November in Lausanne vorschlägt. Frankreich werde diesem Vorschlage beipflichten. Sollte aber die Türkei unüberwindliche Einwendungen gegen die Wahl dieses Ortes erheben, würden sich die Alliierten auf die Wahl Laganos als Konferenzort entscheiden. In Verantwortung des Schreibens Curzons verweist Poincaré auf die Notwendigkeit einer schnellen Einberufung und nimmt als Datum den 13. November mit Rücksicht auf die englische Krise an. Auch stimmt er der Abhaltung der Konferenz in Lausanne zu.

Tages-Neuigkeiten.

Der Leidensweg der deutschen Schulen. Die nationaldemokratische Presse führt seit einigen Monaten wieder einen verärgerten Kampf gegen deutsche Schulen. So beschäftigte sich ein Artikel des „Cestlo Dennik“ mit den deutschen Schulen in dem Gebiete von Autshowa, Auborsko und Braunbusch. Au s h o w a ist eine Expositur zur deutschen Volksschule in Dorf Stankau, welche in eine Minderheitsschule umgewandelt wurde. Somit dürfte die Expositur Autshowa, trotzdem Autshowa eine bedeutende deutsche Majorität aufweist, als Bestandteil einer Minderheitsschule auch als solche angesehen werden, obwohl amtlich darüber nichts verlautbart wurde. Das Schulgebäude ist vom Schulverein erbaut. Die Schule hat heute 42 deutsche Kinder, die zur nächsten Kilometer entfernte tschechische Schule in Markt Stankau besuchen. Für wen soll die tschechische Schule errichtet werden? — Auborsko ist gleichfalls eine Expositur zur Minderheitsschule in Bistritz a. Angel und besteht schon 25 Jahre. Durch Zahlenfälschung und Einschulungen wurde im letzten Jahre die Eröffnung einer tschechischen Minderheitsschule möglich gemacht. In Auborsko sind nur neun tschechische Kinder, welche früher die nur zehn Minuten weit entfernte Schule in Bistritz besucht haben. Sieben wurden aus Neuprateritz geholt und 13 aus Aichen, welche ihre Schule in Janowitz haben. Die deutsche Schule hat 21 Kinder (nicht sieben, wie die Tschechen behaupten), von denen alle in Auborsko ihren Wohnsitz haben. — Ganz ähnlich sind die Verhältnisse im benachbarten Silberberg, wo die deutsche Expositur aufgelassen, das Schulgebäude für die tschechische Schule beschlagnahmt wurde, aber trotz eines gewonnenen Verwaltungsgerichtsurteils nicht für die deutsche Privatschule freibekommen werden kann. — In Braunbusch wurde im Jahre 1920 die deutsche Volksschule aufgelassen, trotzdem sie 35 Kinder zählte. Die Kinder wurden ins tschechische Neugebäude eingeschult. Das deutsche Schulgebäude, welches dem Schulverein gehört, wurde für die tschechische Schule beschlagnahmt, obwohl dieser ein von der „Matice slovan“ im Jahre 1896 erbautes zweifloßiges Schulgebäude zur Verfügung stand. Von den tschechischen Schülern stammen die Hälfte aus Starz, das seine Schule in Raub hat. Die nächste tschechische Schule von Braunbusch ist in Neugebäude und nur ein Kilometer entfernt. Die 35 deutschen Kinder müssen nun nur überhaupt deutschen Unterricht zu erhalten, nach dem über drei Kilometer entfernten Viertel gehen. Das Ansuchen um Wiedererrichtung einer deutschen Schule in Braunbusch wurde abgelehnt, trotzdem 23 Prozent Deutsche dort sind. Erst durch ein Gesuch der armen Schulkinder an den Präsidenten Masaryk wurde die Angelegenheit wieder aufgegriffen und man erwägt die Errichtung einer Minderheitsschule.

Eine notwendige tschechische Minderheitsschule. In der Gemeinde Labau-Pintschel im Bezirke Gablonz wurde ein Bau für eine zweifloßige tschechische Minderheitsschule ausgeschrieben. In dieser Gemeinde gibt es überhaupt nur 22 tschechische Schulkinder. Ist die Schulbesuchszahl eine größere, so können nur die angrenzenden tschechischen Gemeinden des Eibenbröder Gerichtsbezirkes Bratislaw, Kosow und Stuhrov zur Unterstützung herbeigezogen werden sein. Diese Orte haben alle zweifloßige tschechische Volksschulen, die ungefähr zwei Kilometer von Labau-Pintschel entfernt sind und daher von den paar tschechischen Kindern ohne Schwierigkeiten besucht werden können.

Was schert Deutschnationalen und Industriellen Arbeitlosigkeit? Gemeinsam mit den Vertretern der Industrie haben die deutschnationalen Vertreter der Bezirksverwaltungscommission in Elbogen ihre Mandate niedergelegt. Sie durch machen sie gerade in dem Augenblick, in welchem diese Körperschaft Notstandsarbeiten für die hungernde Bevölkerung des Elboger Bezirkes schaffen wollte, die Tätigkeit der Bezirksverwaltungscommission unmöglich, da sie in ihr — zu Unrecht — die Mehrheit besitzen. Abgesehen davon aber ist es durch diese Demission auch den Gemeindegliedern des Bezirkes unmöglich gemacht, ihre Pläne von Notstandsarbeiten auszuführen, da die überwachende Körperschaft lahmgelegt wurde. Die sozialdemokratischen Gemeindeglieder und die sozialdemokratischen Bezirksverwaltungsmitglieder des Bezirkes Elbogen haben in einer Sitzung bei der politischen Bezirksverwaltung ihren schärfsten Protest gegen diesen unerhörten Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft des Bezirkes kundgegeben und die Nichtzulassung gebremst, mit welcher Industrielle und Deutschnationalen Hand in Hand nur von den eigenen, das heißt von ihren Geldsackinteressen geleitet, gegen die Arbeitslosen vorgehen.

Was der Duxer „Tag“ mit stolzer Freude verzeichnet. Der Duxer „Tag“ behauptet trotz aller glaubwürdigen Dementis immer wieder, daß sich in dem wüsten Anhang der Gabeln auch Arbeiter befinden. Wenn das wirklich wahr ist, so können wir uns die Freude vorstellen, mit der diese gefestigten folgende Notiz in diesem Blatte gelesen haben mögen:

Ein schändliches Hindenburg-Ambdenken hat dieser Tage ein Sohn des Acher Gipsdielenfabrikanten Herrn Josef Danisch erhalten. Der Knabe, der den Taufnamen Hindenburg trägt und Schüler der 3. Volksschulklasse ist, erhielt von Generalleutnant Hindenburg für die Beglückwünschung zum 75. Geburtstag ein Dankschreiben und eine Photographie des großen Schlachtenlenkers mit der eigenhändig geschriebenen Widmung: „Die Treue ist das Mark der Ehre! v. Hindenburg“.

Der Regierungswechsel in England.

Bonar Law — der künftige Premier.

Montag Ueberreichung der neuen Kabinetsliste.

London, 20. Oktober. (M.) Als Bonar Law gestern zum König berufen wurde, übernahm er die Bildung des neuen Kabinetts unter der Bedingung, daß er zum Führer der konservativen Partei gewählt werde. Diese Formalität ist jetzt gesichert. Man erwartet, daß der neue Premier am Montag in der Lage sein wird, dem König die Kabinetsliste zur Genehmigung vorzulegen. Es ist sicher, daß Lord Curzon in seinem Amte als Staatssekretär des Äußern verbleiben wird und es kann vorausgesetzt werden, daß die Regierungsänderung keine Veränderung in den Hauptlinien der britischen auswärtigen Politik verursachen wird.

Was die Frage der Fundierung der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten betrifft, wird die Mission Hornes eine kleine Verzögerung erfahren.

Daß die neuen Wahlen stattfinden werden, erhellt aus einer Aeußerung, welche Bonar Law heute nachmittags dem Vertreter des „Evening Standard“ machte, welchem er mitteilte, er werde am Montag den König bitten, das Unterhaus sofort aufzulösen.

Bonar Law's Bedingungen.

London, 20. Oktober. (Reuter.) Wie aus maßgebender Quelle berichtet wird, hat Bonar Law dem Könige erklärt, er könne die Verantwortung für die Bildung eines Kabinetts insoweit nicht übernehmen, als er nicht die Sicherheit habe, daß die Unionisten beider Stämmen seine Politik billigen. Zu diesem Zwecke sei zunächst die Einberufung aller Unionisten zu einer Versammlung notwendig. Diese werde wahrscheinlich Sonntag oder Montag stattfinden. Bis zu diesem Zeitpunkte sei eine endgültige Bildung des Kabinetts nicht zu erwarten. In einigen politischen Kreisen wurden gestern als künftige Mitarbeiter Bonar Law's Chamberlain, Balfour und Bikenhead genannt.

„Daily Mail“ zufolge wird erwartet, daß Bonar Law die Regierung erst eine Zeitlang führen wird, ehe er Neuwahlen ausschreibt. Die konservative Partei besitze eine klare Mehrheit im Unterhause. Das bisherige Parlament werde wahrscheinlich am 14. November zusammenberufen werden, mit Bonar Law als Premierminister und Lloyd George als Führer der Opposition. Lloyd George beabsichtigt eine Zentrumsparthei aus seinen koalitionsliberalen Anhängern und einigen zurückgetretenen Konservativen zu bilden.

Mitarbeiter Bonar Law's.

London, 20. Oktober. (Reuter.) Curzon und Derby haben Bonar Law versprochen, an der Bildung seines Ministeriums mitzuarbeiten.

Die Deffentlichkeit über Lloyd Georges Rücktritt.

London, 20. Oktober. (Havas.) In den Kreisen der Alliierten empfindet man nach dem Rücktritte Lloyd Georges eine tatsächliche Erleichterung. Diese Kreise bleiben zwar der von Lloyd George während der Krieges erwiesenen Dienste eingedenk, verurteilen aber sein Verhalten in der letzten Zeit, namentlich aber seine in Manchester gehaltenen Rede. Die Blätter verzeichnen mit Befriedigung das Ende der Koalition. Sie halten dafür, daß diese Wendung die Rückkehr zu einer gesunden

Jawoll! Die Treue ist das Mark der Ehre. Und die Dummheit ist das Mark der Gabeln. Und den deutschen Arbeiter wollten wir sehen, der sich nicht königlich freut, wenn der Acher Gipsdielenfabrikanten Sohn Brief und Bild vom großen Schlachtenlenker empfängt! Ist diesem doch die Arbeiterschaft ganz Deutschlands zu so tiefem Dank verpflichtet.

Russische Gefängnisstragdien. Vor kurzem ist in Moskau der Sozialrevolutionäre Schischkin zum Tode verurteilt worden, weil er Schriftsatz, Stempel usw. bei sich in Verwahrung hielt. Aus Moskau werden nun dem „Sozialistischen Boten“ erschütternde Einzelheiten dieses Prozesses mitgeteilt. Schischkin wurde, ohne daß er das Anklagematerial kennen lernen konnte, auf dem Besfortow-Gefängnis zum Revolutionstribunal gebracht, dort verurteilt und ins Gefängnis zurückgebracht. Das Todesurteil sollte binnen 24 Stunden vollstreckt werden. Davon erhielten die in diesem Gefängnis internierten Genossen Wassiljew, Lodermann, Wessloff und Petrenko, die im Prozesse der Koftower Sozialdemokraten verurteilt worden sind und jetzt ihre Gefängnisstrafe verbüßen, Kenntnis und schafften den zum Tode verurteilten in ihre Zelle, um ihn vor der Hinrichtung zu schützen. Die Gefängnisverwaltung drohte mit allen möglichen Strafen, fürchte aber dennoch die Wache zu rufen und Gewalt gegen die Gefangenen anzuwenden. Inzwischen hielten die Angehörigen des zum Tode Verurteilten und seine Verteidiger vor dem Gefängnis Wache, bis die Angelegenheit dem Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees überwiesen wurde. Welchen Ausgang die Sache genommen hat, ist vorläufig unbekannt. Jedenfalls aber haben die Koftower Genossen durch ihre aufopferndes Eintreten Schischkin vor der Hinrichtung bewahrt.

ren und regelmäßigeren, mit den englischen Interessen mehr übereinstimmenden Politik ermöglichen, die zur Festigung der Entente beitragen werde. „Morning Post“ erklärt, der Sturz Lloyd Georges werde dazu beitragen, daß England wiederum das Vertrauen unter den Alliierten, wie früher geniesse. „Westminster Gazette“ verlangt eine loyalere und aufrichtigere Politik. „Daily News“ schreiben, es sei im Interesse Lloyd Georges, zur Zeit auf eine bedeutende Rolle in der Deffentlichkeit zu verzichten. „Daily Mail“ faßt ihr Urteil dahin zusammen, daß seit den Zeiten Stuarts England keine unpopulärere Regierung hatte, als die Regierung Lloyd Georges war.

Amerika zum Kabinettwechsel.

Washington, 20. Oktober. Der Rücktritt des englischen Kabinetts macht überall von sich reden. Man ist allgemein der Ansicht, daß die englische Politik gegenüber den Vereinigten Staaten nicht geändert werden wird, ganz gleich wer auch der Nachfolger Lloyd Georges sein wird. Die Verhandlungen bezüglich der Konsolidierung der Schulden wird wahrscheinlich verzögert werden. Es ist beinahe gewiß, daß das neue Kabinett nach den allgemeinen Wahlen die angemessene Linie in bezug auf die Rückzahlung der Schulden u. d. ändern wird.

Tschechische Pressestimmen.

Dem „Pravo Lidu“ zufolge bedeutet die Demission Lloyd Georges den ersten Schritt zu Neuwahlen. „Die Aufgabe der neuen Regierung, deren Bildung wahrscheinlich die Konservativen werden übernehmen müssen, wird es sein, diese Wahlen einzuleiten, die entscheiden werden, welche Wege England gehen wird.“ Das „Pravo“ erblickt im Abgang des englischen Premiers die Dämmerung des englischen Parlamentarismus und schimpft natürlich auf die — Sozialdemokraten. Der Kampf der englischen Arbeiterführer gegen den Krieg sei eine Täuschung und habe nur den Zweck, das regierende Finanzkapital zu schützen. (!) Offenbar wußte der Leitartikler des kommunistischen Zentralorgans nichts über Lloyd George zu sagen und half sich auch nicht „kommunistische“ Weise, indem er der englischen Arbeiterpartei einen „Dieb“ verleihe. Die „Narodni Listy“ meinen, daß der englische Staatsmann in der letzten Zeit bei falschen Rechnungen verharre. Er habe sich in Rußland und den Bolschewiken geirrt. „Er wollte“ — so sagt das Organ des interventionistischen Ramax — durch das Hintertürchen der Wirtschaftspolitik „die Bolschewiken nach Europa führen. Aber sie drücken sich jetzt durch diesen Eingang in sehr lärmender Weise, wie ihre Drohnoten an England beweisen, in denen sie gegen ihre Ausschließung von der Dardanelenkonferenz protestieren.“ Lloyd George habe sich auch in den Deutschen geirrt; damit meint das Blatt wahrscheinlich, daß er den Deutschen gegenüber zu nachgiebig war. Die „Narodni Listy“ betätigen also von neuem, daß sie mit der nationalistisch-reaktionären Presse Frankreichs auf einer Linie stehen. Das Blatt erkennt Lloyd Georges große Verdienste um den Sieg der Entente an, wirft ihm aber vor, daß er den Tschechen „unreparablen Schaden“ hätte zufügen können, wenn er seinem Wunsche, daß die österreichische Monarchie erhalten bliebe, bei den Verbündeten Gehör verschafft hätte. Die „Narodni Listy“ halten den Abgang Lloyd Georges nicht für einen definitiven. Derselben Ansicht sind auch der „Cas“ und die „Cestlo-slovenska Republika“, die sagt, daß Lloyd George seinen Platz, den er durch drei Jahrzehnte ausfüllte, behaupten werde.

Zeitungs-wissenschaft. Die wachsende Bedeutung, die die Zeitung im sozialen Leben der Menschheit gewinnt, findet ihren Ausdruck in der stärkeren wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Presse. Es ist in den letzten Jahren eine neue Wissenschaft entstanden, die Zeitungs-wissenschaft. Gelegentlich einer Besprechung eines Werkes des Nationalökonom Ferdinand Tönnies weist Conrad Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften“ auf diese Erscheinung hin. Unsere Universitäten und andere Hochschulen beschäftigen sich in immer mehr mit dem Zeitungs-wesen; es werden besondere Lehraufträge über dieses Gebiet erteilt, Seminare errichtet und Übungen abgehalten. So hat neuerdings das Institut für Literatur- und Theaterwissenschaft an der Universität Kiel eine Abteilung für Zeitungs-wissenschaft eingerichtet, die weiter ausgebaut und eine umfassende Vorbildung für allen Zweige des Journalismus gewähren soll. Übungen über Geschichte des Zeitungs-wesens werden veranstaltet und in einer Arbeitgemeinschaft eine Kritik der mündlichen und schriftlichen Ueberlieferungen übernommen. In der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg wurde dem früheren elsfässischen Oberlehrer Wilhelm Kapp ein Vektorat für Zeitungs-wesen und Publizistik übertragen. An der Universität Leipzig, wo es bereits seit längerer Zeit ein Institut für Zeitungs-wissenschaft gibt, hat sich sogar ein besonderer Privatdozent für Zeitungs-wesen habilitiert, nämlich der stellvertretende Direktor des Leipziger Statistischen Amtes, Walter Schöne. Seine Habilitationsschrift behandelte den Einfluß der periodischen Presse auf die Entstehung und Entwicklung der staatswissenschaftlichen Literatur, besonders der Statistik.

Sittliche Verkommenheit. In Brück wurde der 61jährige Zigararbeiter P. D. verhaftet, weil

er seit längerer Zeit sein achtjähriges Enkelkind Marie S. mißbrauchte. P. D. ist ein Gewohnheits-trinker und ein roher Mensch. Er nahm die kleine Marie bei Spaziergängen mit sich und mißbrauchte sie in brutaler Weise, nachdem er sie vorher über den Zeugungsakt aufgeklärt hatte.

Schweres Automobilunglück im Erzgebirge. Ein schweres Automobilunglück hat sich in Neudorf im Erzgebirge ereignet. Als der Kraftwagen des Generaldirektors und Gründers der Chemiker Stahl- und Federwerke A. G., Emil Niesel, eine Straßentkreuzung beim Bahnhöf Neudorf überqueren wollte, wurde er von einem Güterzuge erfasst, dreißig Meter geschleift und zertrümmert. Generaldirektor Niesel wurde getötet, sein Schwiegersohn, der Großkaufmann Gehrenbeck, Lebensgefährte, ist verletzt, während der Chauffeur des Autos mit Quetschungen davonkam.

Neue Zuckerpreise in Prag. Die Kolonialwaren-sektion des Prager Handelsvereins und der Zentralverein der tschechischen Kaufleute in Prag teilen auf verschiedene Anfragen mit, daß Zucker aus der neuen Kampagne in Prag im Detail zu folgenden Preisen verkauft wird: Kristall ausgewogen 4.70 K per Kilo, Gunder 4.90 K, Würfelzucker 5 K, Zuckermehl in Säcken 4.80 K, ein fünf-Kilo-Karton Würfelzucker 24 K.

Ausstellung von Arbeiten der Staatsfachschulen. Die vom Ministerium für Schulwesen und Volkserziehung im Kunstgewerbemuseum (Santroba) veranstaltete Ausstellung von Arbeiten der Staatsfachschulen erfreut sich eines zahlreichen Besuches. Bemerkenswert ist, daß von Lehrern geführte Schülermassenbesuche unentgeltlich sind. Vereine zahlen bei Massenbesuchen die Hälfte des Eintrittsgeldes. Hochschüler haben bei Vorweis ihrer Legitimation freien Eintritt. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 5 Uhr offen, das Eintrittsgeld beträgt 2 Ks.

Geheimnisvoller Mord. Vorgestern früh wurde im Komowiger Walde bei Brandeis a. d. Elbe die Leiche einer 23jährigen, dortselbst unbekanntem Frau, aufgefunden. Die Leiche war an einem Baume aufgehängt, offenbar ein Selbstmord vorzutauschen. Da von der Gerichtskommission ein starker Winterganz in das Gehirn konstatiert wurde, nimmt man an, daß der Mörder durch einen Schlag mit einem stumpfen, eisernen Gegenstand sein Opfer niederschlug und dann ertrugte. Da die Leiche weder Ringe noch Ohrgehänge noch sonst irgendeinen Schmuck aufwies, wird geschlossen, daß es sich entweder um einen Raubmord oder aber um die Beseitigung des Mädaters, das bereits einmal Mutter war, handelt. Man glaubt, daß die Ermordete, die eine ausfallende Schönheit war, in einem Prager Modehaus beschäftigt gewesen ist. — Wie die Prager Korrespondenz mitteilt, wurde die Leiche der unbekanntem Frau agnosziert. Es ist das 23jährige Dienstmädchen Teresa Pelz aus Prag-Karlín. Auch der Täter wurde bereits verhaftet und hat seine Tat eingestanden. Die Polizei stellte nämlich fest, daß der Handschuhmacher Josef Petek aus Prag-Zizkow mit der Ermordeten vor einigen Tagen zu einer Hochzeit nach Tieren gefahren sei. Petek kam allein zurück, bezahlte die Wohnungsmiete und erklärte, daß die Pelz einen Posten in der Slowakei gefunden habe. Petek mußte nach anfänglichem Leugnen gestehen, die Pelz ermordet zu haben. Nach seiner Aussage sei es nicht seine Absicht gewesen, die Pelz auszuräumen, vielmehr habe er sie, die ihm lästig geworden sei, loshaben wollen. Petek ist bereits zweimal vorbestraft.

Räuber überfallen und berauben eine wehrlose Frau. In Mähr.-Strau besuchte Montag abend der Magazinsbedienstete Johann Lichnowsky mit einem Bekannten das Mährisch-Strauer Theater und ließ seine Frau und zwei Kinder zu Hause. Circa um halb 9 Uhr brachte die Frau die Kinder zur Ruhe und legte sich selbst unangekleidet auf das Bett, um die Rückkehr ihres Mannes, für den sie die Wohnungstüre offengelassen hatte, abzuwarten. Kurz darauf hörte sie, wie jemand die Türe öffnete und bevor sie sich erhob, trat ein Mann ein, der ihr anrückte, ihrem Gatten sei ein Unstich zugestoßen, sie möge sofort 100 K senden. Die Frau ahnte wohl, daß der Anstömmling unaufrichtere Absichten habe, nahm aber die auf dem Tische liegende Geldbörse mit 500 K an sich und übergab dem Mann zwei fünfzig-Kronennoten; in diesem Momente warf sich der Mann auf sie, zog sie in das Vorzimmer und versuchte vergebens das Licht anzuzufachen; schließlich gelang ihm dies mit Hilfe eines zweiten Mannes. Beide betäubten sodann ihr Opfer und entflohen mit der Beute. Als der Gatte um Mitternacht heimkehrte, fand er seine Frau noch bewußtlos.

Brand der Glasfabrik in Stchow. Gestern nacht kam infolge einer Explosion des Gasgenerators in der Glasfabrik Znowald in Stchow ein Brand zum Ausbruch, welcher das Dach eines großen Gebäudes, der sogenannten alten Hütte, in welcher zwei Glasblechmaschinen und eine ganze Reihe von Nebenstellen stehen, vollkommen vernichtete. Der durch den Brand verursachte Schaden ist beträchtlich, aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb der Werke wird auch weiter aufrecht erhalten, weil zwei weitere Oefen, dann die Schmelzereien und die sonstigen Gebäude nicht beschädigt wurden. Durch den Brand verlor 300 Arbeiter ihre Beschäftigung, doch werden dieselben bei der Reuerrichtung des abgebrannten Gebäudes wenigstens zum Teil beschäftigt werden können.

Selbstmordversuch im Deutschen Theater in Prag. Im Gebäude des Neuen Deutschen Theaters in Prag ließ sich der 23jährige Theaterarbeiter Julius Blumenhol aus Prag-Brschowitz über Nacht einsperren. Er ging in eine Kammer und sperrete die Gasahne auf. Am Morgen wurde er von Angestellten in schwerer Ohnmacht aufgefunden. Die Rettungs-gesellschaft brachte den Lebensmüden, der ? Tat aus unglücklicher Liebe begangen hat, in die Klinik des Prof. Jalsch. Blumenhol hat bereits vor einer Woche einen Selbstmord verüben wollen.

Kleine Chronik.

Das Ende der ersten deutschen Eisenbahn. Die Ludwigsbahn, die im Jahre 1834 zwischen Nürnberg und Fürth erbaut wurde und sieben Kilometer lang ist, war bekanntlich die erste deutsche Eisenbahn. Auch sie ist ein Opfer der Zeitverhältnisse geworden. Die Ludwigsbahn, die einer Privatgesellschaft gehört, deren Hauptaktionäre die Stadt Fürth ist, ist infolge der gewaltig gestiegenen Betriebskosten unrentabel geworden. Daher soll der Betrieb schon in aller nächster Zeit völlig eingestellt werden. Allerdings ist die Stadt Fürth an die Stadt Nürnberg mit dem Erzhafen herangeritten, die Bahn zu übernehmen und in ihr elektrisches Straßenbahnnetz einzufügen. So könnte die älteste deutsche Eisenbahn wenigstens als elektrische Straßenbahn erhalten bleiben. — Nach der neuesten Meldung hat die Ludwigsbahn ihren Betrieb bereits eingestellt.

Ein Tierparadies. Die englische Mount-Everest-Expedition die von ihrem zweiten Vorkämpfer nach England zurückgekehrt ist, berichtet interessante Einzelheiten über die Tierwelt des bis dahin völlig unbekanntes Gebietes. Vieles ist das Fehlen von Tieren in der Nähe von buddhistischen Klöstern und heiligen Stellen verboten. Der Det Link Dzong zum Beispiel ist ein Vogelparadies, weil hier auf Befehl des in Thaja residierenden tibetischen Papstes, des Dalai Lama, kein Vogel belästigt werden darf. Bei dem Hauptlager der Expedition, im Kongbukale, durfte schon im vorigen Jahre auf 30 Kilometer Umkreis kein Wildschaf geschossen werden, was die Verpflegung sehr erschwerte, und in diesem Jahre hatte die tibetische Regierung das Schießen von Tieren überhaupt verboten. Daher ist es verständlich, daß sowohl Säugetiere wie Vögel keine Furcht vor den Menschen kennen, ohne Scheu an die Wohnungen kommen und aus der Hand streifen. Noch bis in Höhen von 6100 Metern wurden Raben, Dohlen, Weihen und Kammerngeier, von Säugetieren, Ratten, Mäuse, Wildschafe, Fohlen, Fische und Wölfe gesehen. Fährten von solchen im Schnee sogar bis 6500 Meter. Am höchsten von allen Beobachtern besaß sich ein Sämmerngeier, der hoch über dem 7540 Meter aufragenden Nordgipfel des Mount Everest im Schneebefall lagte, was aus dem Grunde für die Theorie des Zepelins von Wichtigkeit ist, weil die Dichte der Luft in so großen Höhen nur noch etwa ein Drittel derjenigen im Meeresspiegel beträgt.

Die Zahl der amerikanischen Automobile. Die Statistik des letzten Jahres hat, wie ein Bericht in „Handel und Industrie“ meldet, gezeigt, daß die Zahl der Automobile in den Vereinigten Staaten in der jüngsten Zeit geradezu eine ungeheure Zunahme erfahren hat. Die meisten Automobile besitzt natürlich New York mit der Schätzzahl von 816.000 Kraftwagen. Aber auch die einzelnen Bundesstaaten zeigen sehr hohe Ziffern, so z. B. Illinois, Indiana, Michigan, New York, Ohio und Pennsylvania, von denen jeder einzelne Staat mehr Automobile besitzt, als das ganze europäische Festland zusammen. Die Zahlen waren in diesen Staaten so groß, daß im Jahre 1921 auf jeden zehnten Einwohner ein Automobil kam. Noch höhere Zahlen hat die Statistik in Kalifornien und Iowa ergeben: hier kommt nämlich schon auf je 5,2 Einwohner ein Kraftwagen. Aus diesen Zahlen kann man schließen, zu welcher Blüte es die Automobil-Fabrikation in Amerika gebracht hat, zumal, wenn man bedenkt, daß die Lebensdauer eines viel benötigten Kraftfahrzeugs im allgemeinen nur auf sechs Jahre geschätzt werden kann. Man hat auf Grund dieser statistischen Angaben berechnet, daß, wenn alle Länder der Erde im Verhältnis zu ihrer Größe die gleiche Anzahl von Automobilen besäßen, wie die Vereinigten Staaten, es anstünde der 12,5 Millionen Kraftwagen, die sich gegenwärtig auf der Welt befinden, 170 Millionen Automobile geben müßte.

Die alte Isergil. (8)

Erzählung von Maxim Gorkij.

Die Alte verfiel in Nachdenken darüber, wohin die schönen und starken Menschen wohl verschwunden seien, und betrachtete dabei unermüdet die dunkle Steppe, wie um die Antwort darauf in derselben zu erpähen.

Ich freute mich schon auf ihre Erzählung und schwieg, aus Furcht, eine Frage meinerseits könne sie wieder weit von derselben abbringen. Ich wußte ja: begab sie sich einmal auf das stürmische Meer ihrer Lebenserinnerungen, dann wehte dieses sie stets mit philosophischem Geiste an; und oft war es geschieden, daß das Ende so mancher schön begonnenen Legende rettungslos verweht wurde von diesem philosophischen Geiste, der, frei und einfach an sich selbst, sich in der alten Isergils Auslegungen stets wie ein sonderbarer Anäuel hinter Fäden ansahm, von der Zeit in seltsam pfiffiger Weise verschlungen und verzwirrt.

3.

Und sie begann zu erzählen: „Es lebten in uralter Zeit eine Anzahl Menschen; wo aber — weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß große, unbewegbare Wälder ihre Ansiedelungen von drei Seiten umgaben, und auf der vierten die Steppe war. Das waren muntere, starke und lähne Menschen, die niemals zu viel wünschten. Wahrscheinlich wohl Igenner. Und einmal ging eine trübe Zeit über sie dahin: es kamen, wer weiß woher? andere Menschenstämme und verdrängten jene Menschen in die tiefsten Tiefen der Wälder. Dort waren nur Sümpfe und Finsternis, denn es war Urwald, und die Zweige der Bäume waren so dicht ineinander gewachsen und geflochten, daß durch sie hindurch der Himmel nie zu sehen war, und die Sonnenstrahlen kaum imstande

Arbeitslosenunterstützung der Land- und Forstarbeiter.

Man hat in unserem Staate ein Arbeitslosenunterstützungsgesetz geschaffen, und man hätte annehmen sollen, daß alle Arbeitslosen die Unterstützung erhalten werden. Doch dies ist nicht der Fall. Es sind eine Reihe von Bestimmungen in der Durchführungsvorschrift aufgenommen worden, die einige Schichten der Arbeiter vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausschließen. Darunter befinden sich auch die Land- und Forstarbeiter. Eine Arbeiterschichte, die am schwersten davon betroffen wird, besonders in der Forstwirtschaft hat die Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit zugenommen. Unser Holzexport ist durch das Steigen unserer Krone ins Stotzen geraten und die Folge davon ist, daß viele Holzhauer ohne Arbeit sind. Wovon diese Menschen in der heutigen Zeit leben sollen, das wissen die Götter. Die Möglichkeit, sich andere Arbeit zu verschaffen, ist in der jetzigen Zeit der Krise ausgeschlossen. Arbeitslosenunterstützung erhalten sie ebenfalls keine. Diese bedauernswerten Menschen müssen nun in Hunger und Elend dahinvegetieren. Hat der eine oder andere ein Häuschen, ein Stück Feld und ein Ziegen, so ist er ein bißchen besser daran als jene, die nichts haben und bloß von ihrer Arbeit leben müssen. Aber auch ein kleiner Besitz ist nicht imstande, die Holzhauer zu erhalten, da sie ja im Gebirge hausen und die Reise der Bodenfrüchte sehr spät, manchmal, wie heuer, infolge schlechter klimatischer Verhältnisse überhaupt nicht eintritt. Mit großem Fleiß und beträchtlichen Opfern beschaffen diese Holzhauer ihren schlechten Boden und können nicht einmal ernten, was sie zum Leben brauchen würden. Dies ist ein sehr trauriges Dasein.

Wiederholt schon haben wir von der Regierung verlangt, hier Wandel zu schaffen und die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung für die Land- und Forstarbeiter gefordert. Aber es ist als ob man tauben Ohren predigen würde. Die Regierung hat zwar für alle möglichen Dinge Geld übrig, aber für die Landproletariate hat sie keine. Sie möge nur dort sparen, wo es angebracht wäre und nicht an der falschen Stelle. Nun scheint sich jedoch das Ministerium für soziale Fürsorge besonnen zu haben, daß diese Schichte von Arbeitern unterstützungsbedürftig ist. Die bürgerliche Presse berichtet, daß sich das Fürsorge-Ministerium an die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften gewandt hat um Bekämpfung ihrer Stellungnahme zur Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Bestimmungen über die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung. Dies soll aber auch nur für die Saisonarbeiter gelten. Welche Stellungnahme die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften einnehmen werden, ist noch nicht bekannt. Es erscheint als sehr eigenartig, daß das Ministerium für soziale Fürsorge bei Einholung von Informationen über diese Frage die Gewerkschaften der Arbeiter übergeht und sich nur einseitige Informationen einholt. Es scheint sich der Brauch einzubürgern zu wollen, daß die kompetenten Stellen der Staatsverwaltung absichtlich die Organisationen der Arbeiter übergehen. Vom Sozialdemokrat Dabman als Minister für soziale Fürsorge hätte man dergleichen nicht erwarten sollen. Die Arbeiterorganisationen, die am besten wissen, wo den Arbeiter der Schuh drückt, hätten dem Minister besser noch als jede andere Körperschaft sagen können, was in dieser Angelegenheit zu geschehen hätte. Jetzt ist nicht die Zeit, wo man lange Erwägungen über diese Frage macht, sondern es muß so rasch als möglich gehandelt werden, um auch die Land- und Forstarbeiter in die Arbeitslosenunterstützung einzubeziehen.

Balkenwirtschaft und Sozialpolitik.

Neue Komplikationen im Österr. Revier. Die Bergbauunternehmer des Österr. Reviers bedauern es scheinbar, daß der letzte Konflikt in Österr. beigelegt wurde; sie würden ihren Grubenbauern gar zu gerne die Not der Zeit noch ein wenig fühlen lassen als bisher. Das „Pravo Lidu“ schreibt über die „edlen“ Absichten der Österr. Grubenbarone wie folgt: „Wenn die Behauptung, daß die Kohlenbarone den letzten Konflikt im Bergbau absichtlich hervorgerufen haben, vielleicht unrichtig erschien, so ist ihre jetzige Handlungsweise der Beweis dafür, daß dem tatsächlich so ist. Die Direktoren der Österr. Gruben sind durch ihren Treubruch und durch die Ignorierung jeder mit ihnen getroffenen Vereinbarung bereits verächtlich. Es ist noch sicher in gutem Gedächtnis, daß nach den Verhandlungen im November 1920 die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen etwa ein halbes Jahr zu tun hatten, um den Streit um die Durchführung der Vereinbarungen zu erledigen. Auch nach den Prager Verhandlungen vom 10. Feber haben die Österr. Unternehmer behauptet, daß diese Vereinbarungen für sie nicht gelten und sie schleppten diesen Streit bis zum 22. Mai hin.“ Zum Beweis dessen, daß es sich ihnen tatsächlich nicht um die Erhaltung der Ruhe im Bergbau handelt, teilt das „Pravo Lidu“ mit, daß nun die Komodie von neuem beginnen soll. Die Prager Vereinbarungen vom 14. Oktober, durch die der Streit im Österr. Revier beigelegt wurde, wurden von den Österr. Direktoren verdröhrt, ja, ihre Durchführung wird einfach abgelehnt. Unter der Österr. Arbeitererschaft herrscht darob große Erregung und das genannte Blatt fordert die Regierung zum Eingreifen auf.

Die Lohnverhandlungen in der Papierindustrie zeigen so recht die Unternehmung in ihrer vollen Brutalität. Vom 3. bis 5. Oktober wurde in Freiwaldau über die Forderung der Firmen: Hirtsdorfer Papierfabrik (15 Prozent Lohnabbau), Vielathal in Zandhübel (15 Prozent Lohnabbau), A. Razumovsky in Annathal (20 Prozent Lohnabbau) und J. A. Schmidt's Zöhne in Groß-Allersdorf (15 Prozent Lohnabbau und Streichung der Aufsatzbeiträge und der Kinderzulage) verhandelt. Für die Firma J. A. Schmidt's Zöhne wurde eine Einigung erzielt. Die Verhandlungen mit der Heinrichsthaler Papierfabrik endeten ebenfalls mit einer Einigung. Charakteristisch war das Verhalten der Firma „Vielathal A. G.“. Diese erklärte zunächst, den Betrieb wegen vollständigen Auftragsmangels stilllegen zu müssen und kündigte sämtliche Arbeiter 14tägig. Von einem Lohnabbau war zunächst überhaupt nicht die Rede und erst, als von der Arbeitererschaft die Intervention der Behörden angesetzt wurde, verlangte die Firma eine Herabsetzung der Löhne. Daran geht klar hervor, daß auch dieses Unternehmen, wie viele andere, die wirtschaftliche Notlage dazu ausnützt, um die Löhne abzubauen. Doch man wundert sich über das Vorgehen der „Vielathal A. G.“ nicht, wenn man weiß, daß hinter ihr die Zigarrenfabrikfirma E. Weiskuhns u. Co. steht, die bereits durch ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen ihre Arbeiter in Freiheit bekannt ist. Bei der Firma Razumovsky, die auch mit Weiskuhns verhandelt ist, wurde zunächst eine Einigung erzielt. Wie groß war das Erlaunen der Arbeiterchaft dieser Firma, als am Freitag, den 13. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, von der Betriebsleitung ein Plakat in der Fabrik angeschlagen wurde folgenden Inhalts: „In meinem tiefsten Bedauern muß ich meine ganz Arbeiterchaft kündigen und stelle am 1. November den Betrieb ein. Ursache zu diesem Schritt sind un-

erhörte Steuern und schlechter Geschäftsgang. Spiegelfeld m. p.“ Also offensichtlich ein Diktat der Leitung des Weiskuhnskonzernes. Bei der Firma Eichmann wurde eine Einigung erzielt. Wegen des rücksichtslosen Verhaltens der Firmen E. Fürth u. Sohn in Westerritz und Jordan u. Zöhne in Birtitz endeten die Verhandlungen hier ergebnislos. Der Verband der Arbeiterchaft der chemischen Industrie hat sich entschlossen, von den zuständigen Ministerien die Einberufung einer Enquete beauftragt staatlicher Maßnahmen zur Erleichterung der Produktion und Schaffung von Absatzmöglichkeiten zu fordern. Der Verband wird alles tun, um die Lage der Arbeiterchaft zu bessern und auch vor der Anwendung anderer Mittel nicht zurückzuschrecken.

Die Arbeitslosigkeit in Nordböhmen. Wie das „Ceske Slovo“ berichtet, ist es in Wartenzdorf in einer Reihe von Textil- und Maschinenfabriken zur Einstellung der Produktion gekommen. Ebenso in Schluckenau, wo die Produktion in 45 Betrieben eingestellt und in 34 Betrieben sehr eingeschränkt wurde. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 5000 gestiegen. In Tannwald haben die Textilfabrikanten den Lohnvertrag gänzlich und verlangen eine 60prozentige Herabsetzung des Teuerungsbetrages.

Die Forderungen der tschechischen Genossenschaften zur Wirtschaftskrise und zum Preisabbau. Wir haben bereits berichtet, daß am Sonntag eine Tagung des tschechischen Genossenschaftsrates stattgefunden hat. Das getrigte „Pravo Lidu“ bringt nun den Wortlaut der dort gefaßten Resolutionen, woraus hervorgeht, daß die Genossenschaften folgende Maßnahmen als die dringendsten zur Verringerung der Wirtschaftskrise und zur Vornahme des Preisabbaues ansehen: 1. Herabsetzung der Zollsätze, Zollfreiheit der landwirtschaftlichen Produktion, 2. Ermäßigung der Verkehrsstarke, 3. Befreiung der Umsatztsteuer bei den wichtigsten Lebensbedürfnissen, 4. Steuerreform, 5. Befreiung der Konsumgenossenschaften von der besonderen Erwerbsteuer und allen Gebühren, 6. Vereinfachung von Verkaufsstellen, 7. Staatsunterstützung der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften, 8. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, 9. Errichtung von Arbeiter- und Konsumentenkammern.

Eine ständige Konsumenten-enquete. Im Ministerium für Volksernährung wird die Errichtung eines ständigen Beratungsgremiums der Konsumenten anstelle der bisher bestehenden Wirtschaftsräte erwogen. Diese provisorische Maßnahme soll bis zur Erledigung des Gesetzesentwurfes über die Konsumentenräte in Kraft bleiben. Neben der Ausdehnung des Wirkungskreises dieses Beamtengremiums finden eben — wie „Pravo Lidu“ meldet — Besprechungen mit maßgebenden Faktoren statt.

Eine staatliche Kreditbank. Die „Prager Presse“ berichtet, daß die Mitteilung der Wiener Volkswirtschaftlichen Zeitschrift „Die Börse“ über einen angeblich aus dem tschechischen Finanzministerium stammenden Gesetzentwurf über die Errichtung und der Rechte der Bank für langfristige Handelskredite eine blanke Erfindung der angeführten Wiener Zeitschrift ist. Man muß abwarten, was die „Börse“ zu dieser Behauptung der „Prager Presse“ zu sagen haben wird.

Die Kapitalisten rufen in ihrer Bedrängnis die Kommunisten zu Hilfe. Die Allienzegelei in Peimertitz hat den mit dem deutschen Bauarbeiterverband geschlossenen Lohnvertrag gänzlich, jedoch ab 1. Oktober l. J. die vertraglose Zeit eingetreten ist. Der tschechische Bauarbeiterverband und seine Vertrauensmänner haben sofort energische Schritte eingeleitet, um den Vertrag unverändert zu verlängern und verhandeln

waren, ihr dichtes Laubgewirre zu durchdringen, um die Sümpfe zu beschämen und auszutrocknen. Wenn sie aber durchgedrungen waren und die trüben Wasser der Sümpfe erreichten, dann richteten sie nur soviel aus, daß sie ein giftiger Rebellentum erhob, von dem die Menschen alle, einer nach dem andern, sterben mußten. Da begannen die Weiber und die Kinder dieses Stammes zu weinen und zu wehklagen, und die Männer versetzten in wehmütigen Brüllen. Deraus mußte man aus diesem Walde, und zwei Wege gab es dazu: der eine führte zurück, in die alte Heimat, wo starke und böse Feinde sich schon häuslich eingerichtet hatten; der andere vorwärts, wo Niesenbäume in wuchtig dichter Umarmung im Wege standen, die knochenigen Wurzeln fest in die Tiefe des saugenden Bodens gefenkt. Diese Niesen standen schweigend und unbeweglich, als wären sie von Stein, am Tage in graue Dämmerung gehüllt, am Abend noch näher und drückender die Menschen umschließend, deren schwache Feuer unter ihnen schüchtern loderten und rauchten. Und immer, Tag und Nacht, waren diese unglücklichen Menschen, an die Freiheit der Steppe gewöhnt, in diesen gewaltigen Ring eingeschlossen, der sie zu ersticken drohte. Noch einschlicher aber war es, wenn der Wind durch die Kronen der Niesenbäume fuhr, und der ganze Wald dumpf tobte und heulte, als wolle er den Menschen, die in ihm vor grimmigen Feinde Zuflucht gesucht, mit schrecklich langsamem Tode drohen, und fange schon seine Totenweifen über ihnen. Starke und lähne Menschen waren es ja, und vielleicht hätten sie einen neuen Kampf auf Leben und Tod mit ihren Siegern wagen können; doch sie durften im Kampfe nicht alle sterben: sie waren Verwahrer uralter heiliger Vermächtnisse, und starben sie, so verschwanden auch jene heiligen Vermächtnisse mit ihnen aus der Welt. Und deshalb wußten sie sich keinen Rat und jaken und grübelten die langen Nächte hindurch, umtauscht vom dumpfen Larmen des Waldes, im giftigen

Dunst der Sümpfe. Sie sahen da, und die Schatten von ihren Feuern juckten in stummem Tanze um sie her, und es schien, nicht Schatten seien es, die da pralten, sondern die triumphierend hüpfenden Geister des Waldes und der Sümpfe. Und noch lange saßen sie ratlos da, und grübelten, diese armen Menschen. Nichts aber — weder Arbeit noch Liebe — zehrt so an Menschenkräften, wie schwermütige Gedanken, die am Herzen laugen, wie Schlangen. Und die grübelnden Gedanken verzehrten die Lebenskraft auch dieser Menschen. Die Furcht erschien und wuchs unter ihnen, und schmiedete ihre starken Hände in unsichtbare Ketten; die Weiber schufen neues Entsetzen durch unbändiges Klagen und Jammern über den Leiden der von den Sümpfbüsten Dahingeroffenen, und über das schreckliche Los der Lebenden, die in den Ketten der Furcht den letzten Mannesstolz verloren. Und finstere Worte erklangen im Wald, anfangs schüchtern und leise, dann immer lauter und lauter. Sie dachten schon daran, zum Feinde zu gehen, um ihm ihr freies Leben zu Füßen zu legen, und niemand erschauerte mehr vor Sklaventetten, denn alle schrakten vor dem Tod zurück. Da kam Danko, und rettete sie alle ganz allein.“

Die Alte erzählte offenbar häufig die Geschichte von Dankos brennendem Herzen; die Zähne floßen als lange, glatte Bänder von ihren Lippen. Sie sprach in süßem Tone, und ihre Stimme, Inarrend und dumpf, zeichnete deutlich vor mir das schwermütige Bild jenes düsteren Waldes, in dessen schweigend brohender Mitte die armen abgehetten Menschenkinder dem giftigen Atem der Sümpfe zum Opfer fielen.

„Danko — das ist einer jener starken, schönen Menschen. Die schönen Menschen sind immer lähne. Und er sprach zu seinen Stammesgenossen: Einen Stein wälzt man mit Gedanken nicht auf seinem Wege. Wer nichts tut, dem wird auch nichts. Was sollen wir unsere Kräfte mit grübelnden Gedanken vergeuden? Erhebt euch!

Gehen wir tiefer in den Wald hinein, und durch den Wald hindurch: er wird wohl auch ein Ende haben, wie alles in der Welt! Gehen wir! Auf! Auf mit euch!

Sie blinzelte ihn an und er sah, daß er der Behr sei von allen, weil in seinen Augen Kraft und lebendes Feuer glühten.

Führ du uns! fahrten sie.

Und er führte sie.“

Die Alte schwieg und blickte in die Steppe, die immer tiefer in Finsternis verfiel. Die Finsternis aus Dankos brennendem Herzen stammten in weiter Ferne auf, und erschienen wie bläulich-lustige Klümmen, die nur auf einen Augenblick erblühen.

„Danko führte sie. Einig folgten sie ihm und glaubten an ihn. Ein schwerer Weg ist es gewesen! Dunkel war er; auf Schritt und Tritt rissen die Sümpfe den säuerlich-süßlichen Nachen auf und verschlangen die Menschen, und im nicht endenwollenden Walde verirrten ihnen ungeheuerer Pässe den Weg. Ihre Zweige waren ineinander geflochten wie Schlangen, und überall erstreckten sich ihre harten Wurzeln, und jeder Schritt erforderte in Menge Schweiß und Blut der müden Wanderer. Lange, lange gingen sie — immer dichter wurde der Wald, immer geringer die Kräfte! Und sie begannen auf Danko zu murren und meinten, vermessen sei es von ihm, dem unerfahrenen jungen Menschen gewesen, sie ins Ungewisse zu verlocken. Er aber ging weiter an ihrer Spitze, und blieb herzhast und unbeirrt.

Doch eines Tages brach ein schreckliches Gewitter über dem Walde los, und dumpf, drohend heulten seine Bäume. Und so finstern wurde es im Walde, als hätten sich in ihm plötzlich alle Mächte versammelt, die die Welt gesehen hatte.

(Schluß folgt.)

sich gegen jede Lohnreduzierung, Sitzungen, Versammlungen und Interventionen wurden gepflogen, doch die Aktionäre waren für die Vertragsverlängerung nicht zu haben. Sehr beachtenswert ist der Umstand, daß die Kommunisten — wie der kommunistische Sekretär Rabnel selber in einer Ziegelarbeiterversammlung am 29. September l. J. zugeben mußte — gegen den Angriff dieser Firma gar nichts unternommen haben. Auf weiteres Drängen der Vertrauensmänner und des Sekretariats des deutschen Bauarbeiterverbandes hat die Bezirksbauhauptmannschaft in Leitmeritz eine Verhandlung für den 19. Oktober l. J. anberaumt und zu derselben den Betriebsausschuß, das genannte Sekretariat, die Firma und den Verband der Ziegelunternehmer in Aussicht eingeladen. Aber weder die Firma, noch der Unternehmerverband haben Vertreter entsendet. Sie sandten die Bezirksbauhauptmannschaft eine schriftliche Erklärung mit dem Inhalt, daß sie trotz vertragsloser Zeit bis Ende dieser Kampagne die Löhne nicht reduzieren werden, daß sie aber einen Vertrag erst dann abschließen würden, bis die Zeit dazu da sein wird. Aber diesen Vertrag wollen sie, wie es in dem Schreiben heißt, nur mit dem Prager Verband (das ist der kommunistische Zelenka-Verband) abschließen. Mit dem deutschen Bauarbeiterverband und insbesondere mit dem Sekretär Burech wollen sie nichts zu tun haben, weil sie im Fachblatt des deutschen Bauarbeiterverbandes „Der Bund“ zu scharf angegriffen worden sind, was dem Sekretär Burech besonders schwer zur Last falle. Dieses wehrmütige Getöse der Ziegelbarone konnte nicht besser ausfallen. Ein besseres Zeugnis dafür, daß die Sozialdemokraten die Ausbeutung der Arbeiterschaft und den Kapitalismus auf schärfste bekämpfen, konnten sie uns in ihrer wessenden Pumphet nicht mehr ausstellen. Dagegen ist der Ruf dieser Kapitalisten nach dem kommunistischen Prager Verband ein niederschmetternder Beweis dafür, daß die kommunistischen Führer von den Kapitalisten als ihre Handlanger und Zutreiber betrachtet werden. Dieser kapitalistische Appell an die Kommunisten ist aber gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für die kommunistischen Führer, die immer schreiben, daß sie revolutionär sind. Die Herren Ziegelbarone werden aber, trotzdem sie die Kommunisten an ihrer Seite wägen, keine leichte Arbeit haben. Das mögen sie sich merken. Die ausgebeutete Arbeiterschaft wird sich wehren.

Günstige Entwicklung der japanischen Baumwollindustrie. Nach Neuierung japanischer Baumwollindustrieller wird Japan in nicht zu langer Zeit zu den bedeutendsten Abnehmern von amerikanischer Baumwolle gehören; eine auf vermehrten Verbrauch dieser Baumwolle gerichtete Tendenz, lasse sich in der japanischen Baumwollindustrie feststellen. Dagegen erwarte man einen erhöhten Absatz japanischer Seide in den Vereinigten Staaten, die bereits bisher den größten Teil dieses Artikels aufnahmen. Der gesteigerte Bedarf Japans an Baumwolle findet seine Erklärung in der Verfolgung der während des Krieges von Japan neu gewonnenen Absatzgebiete, die man jetzt unter allen Umständen halten wolle. Hinzu kommt, daß die japanischen Spinnereien bisher meist Garne bis Nr. 20 herstellten, während neuerdings die japanischen Zweifachspinnereien in China auch höhere Nummern spinnen. Um jetzt die feineren Garne über Nr. 20 herstellen zu können, bedürfen die japanischen Fabriken der amerikanischen Baumwolle, da die indische für diesen Zweck zu grob und kurzstapelig ist.

Devienkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	119.00
Wien	242.00

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1195.50	1190.50
100 Mar.	075.25	095.25
100 schwed. Kronen	595.00	550.00
10 Lire	128.00	120.50
100 franz. Franken	229.25	227.75
1 Pfund Sterling	137.87	137.87
1 Dollar	3077.50	3077.50
100 belg. Franken	200.00	211.00
100 Dinar	58.75	57.25
100 österr. Kronen	0635.50	0675.50
100 poln. Mark	022.00	032.00
100 ungar. Kronen	118.00	128.00

Züricher Schlusskurie.

Berlin	15.75	Paris	41.00.00
Wien	00.72	Wien	2310.00
Prag	18.05	Wien	022.50
Holland	215.00	Wien	247.50
New York	047.75	Wien	005.50
London	24.52	Wien	007.75

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 21.: nachmittags „Kobale und Liebe“, abend „Hibernians“; Sonntag, den 22.: nachmittags „Der lebende Leichnam“, abend „Tiefenbach“.

Kleine Bühne. Heute, den 21.: „Wauwau“; Sonntag, den 22.: nachmittags „Vatermord“, abend „Wauwau“.

Gerichtssaal.

Ein Mord an der serbischen Front.

Prag, 20. Oktober. Es war im Jahre 1914 an der serbischen Front. Die Verhältnisse des glorreichen österreichischen Heeres waren nicht die besten, überall witterte die Offiziere Verrat. An einem Septemberabend herrschte Ruhe an der Front, selbst die vorgeschobenen Vorposten verhielten sich ruhig. Plötzlich fielen rasch hintereinander mehrere Schüsse, die sich wie ein verabredetes Zeichen anhörten. Der Infanterist Wallenta wurde als der Schütze festgenommen und vom Oberleutnant Schors verhört. Als der Mann jedoch jede verräterische Absicht entschieden in Abrede stellte, ließ ihn Schors anbinden. In der Nacht wurde der arme Mensch wahnsinnig und begann furchbar zu brüllen. Schors wurde nervös und schlug dem Angebandenen, als er nicht aufhören wollte, mit dem Gewehrstock auf den Kopf. Dann befahl er der Mannschaft, den Chmüchtigen zu beseitigen. Da sich ihm nun Ernst Bondy aus Prag das Bajonett in den Leib. — Bondy kam dann im Laufe des Krieges in italienische Gefangenschaft und kehrte erst im Jahre 1919 in die Heimat zurück. Nach seiner Rückkehr erschien in der „Brücker“, „Kobnost“ ein Artikel, der mit „Der Mörder Bondy“ überschrieben war und Bondy scharf wegen des Vorfalles an der serbischen Grenze angriff. Die Sache kam vor einen Ausnahmegericht des Strafgerichtes, der Bondy freisprach. Die Witwe Wallentas wurde mit ihren Forderungen auf den Zivilgerichtsweg verwiesen. Die Witwe klagte nun Bondy auf eine Rente von 125.000 K für sich und ihr achtjähriges Kind. Es kam zu einem Ausgleich, indem Bondy der Witwe 10.000 K auszahlen wird. Die Witwe nahm den Ausgleich an.

Ein Spionageprozess.

Prag, 20. Oktober. Der russische Schauspieler Sergej Zukowsky aus Moskau und der Militärkurier der französischen Gesandtschaft Peter Moskalac aus Kiev, hatten sich vor einem Strafgericht wegen Spionage, Moskalac außerdem noch wegen Betrug und wegen Bestechung zu verantworten. Moskalac wird beschuldigt, einen militärischen Beamten in Preßburg das Angebot gemacht zu haben, ihm gegen Entgelt militärische Schriftstücke auszuliefern. Der Beamte zeigte Moskalac an, der verhaftet wurde. Moskalac hat weiter Dokumente gefälscht und Leute dadurch betrogen. Vor Gericht erklärte er, daß er tschechischer Spion sei und einigemal bereits für tschechische Zwecke nach Budapest fahren mußte. Sein Komplize Zukowsky will mit ihm überhaupt nur einmal in einer harmlosen Angelegenheit zu tun gehabt haben. Das Gericht verurteilte nach durchgeführtem Beweiserfahren Moskalac zu acht und Zukowsky zu sechs Monaten schweren Kerkers. Beide Angeklagten werden nach Abbüßung der Strafe des Landes verwiesen.

Eine Inschriftion mit gefälschten Zeugnissen.

Prag, 20. Oktober. Nach der Einführung des numerus clausus an der Rudolfs-Universität sahen sich die beiden Mediziner Belgrader aus Budapest und Altmann aus Neutra, die Inapp vor dem Doktorat standen, gezwungen, die Budapest-erschule zu verlassen und nach Prag studieren zu gehen. Belgrader, der sich jedoch keine ungarischen Zeugnisse — er ist ungarischer Staatsbürger — nicht verschaffen konnte, beschloß, sich Zeugnisse auf den Namen Blau selbst bezuscheln, um inskribieren zu können. Er besorgte sich falsche Stempeln und stellte auch tatsächlich die Zeugnisse her. Die Hausgehilfin der Wohnung jedoch, in der Belgrader als Altmann wohnte, sah die Stempeln und falschen Zeugnisse auf dem Tische und da sie glaubte, daß es sich hier um eine Bande von Urkundenfälschern handelte, machte sie ihrer Dienstgeberin von ihrer Beobachtung Mitteilung. Belgrader wurde angezeigt und hatte sich gestern vor einem Strafgericht zu verantworten. Er wurde inszwischen in Budapest zum Doktor promoviert und kam zu der Verhandlung aus Budapest nach Prag. Das Urteil lautete auf fünf Tage Arrest.

Aus der Partei.

Kreislonferenz Troppau. Sonntag, den 15. Oktober fand im Arbeiterheim in Jägerndorf die diesjährige Kreislonferenz des Kreises Troppau statt, an der zum erstenmal auch die Genossen des Reuttscheiner Gebietes teilnahmen. An der Kreislonferenz nahm weiter als Vertreter der Reichspartei Genosse Krenser teil. Nach Eröffnung und Wahl des Präsidiums erstattete Abgeordneter Genosse Joll den Bericht der Kreisleitung. Genosse Joll verweist in seinem Berichte auf die schweren Folgen der Wirtschaftskrise und auf die Folgen der kommunistischen Bewegung. Im allgemeinen habe sich die Vereinstätigkeit gebessert, doch läßt sie noch immer viel zu wünschen übrig. Die Schaffung eines umfassenden Bildungsprogrammes für sämtliche Organisationen wird es ermöglichen, den Genossen und Genossinnen die Tätigkeit in den politischen Organisationen zu erleichtern und erfolgreich zu gestalten. Hervorzuheben ist die Notwendigkeit des Broschürenbetriebes und des Ausbaues der Frauenorganisationen. Genosse Joll erwähnt ferner die Notwendigkeit einer weiteren Verbreitung der Presse unter den Arbeitern in der Zeit der Wirtschaftskrise und die Durchführung einer Werbekampagne. Jedem Vertrauensmann wird es zur Pflicht gemacht, drei neue Tagblatt-Abonnenten zu werben. Nachdem hierauf der Kassabericht und der Pressebericht erstattet wurde, wird die Debatte abgelehrt, an der sich zahlreiche Genossen und Genossinnen beteiligten. Es gelangen hierauf eine

Reihe von Vorträgen zur Annahme. Zum Punkte „Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen“ führt Abgeordneter Rudolf Deeger aus, daß die Unternehmer auf Kosten der Löhne der Arbeiterschaft konkurrenzfähig werden wollen. Die Vorkämpfer der Mittelschichten und der Banken bezeichnen uns, daß heute größere Gewinne gemacht werden als je zuvor. Eine Besserung der Verhältnisse ist aber überhaupt nicht zu erwarten, solange die anderen sozialistischen Parteien dieses Staates durch den Staatserhaltungsgedanken beeinflusst sind. Genosse Deeger spricht hierauf über die vollständige Ungültigkeit der Arbeitslosenunterstützung und bringt eine Resolution zur Vorlesung, die einstimmige Annahme findet. Sodann spricht Genosse Joll über „Die bevorstehenden Gemeindevahlen“ und tritt dafür ein, daß nur in jenen Orten Listen aufgestellt werden, in denen es Lokalorganisationen gibt. Genosse Krenser weist in seiner Entgegnung die Ansicht des Genossen Joll zurück.

Bezirksorganisation Prag. Die Mitglieder der Bezirksvertretung kommen Samstag abends, nämlich 7 Uhr, im Kreuzl zu einer Sitzung zusammen.

Turnen und Sport.

Die Teplitzer aus Südamerika heimgekehrt. Die Expedition des Teplitzer Fußball-Klubs ist Donnerstag um 4 Uhr nachmittags wohlbehalten in Teplitz eingetroffen. Auf dem Bahnhofs hatte sich eine große Menge der Vereinsanhänger eingefunden.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Hausgeizigkeit.

So wie frühere Generationen sie in anmutiger Weise zu pflegen verstanden, scheint sie wieder in des Heim der Menschen von heute einzuleben zu wollen. Man beginnt die gemüthlichen Abendstunden, in stiller Ruhe wieder zu schätzen, man ist für einige liebe Freunde mindestens einmal in der Woche „zu Hause“, um dem geschäftigen Tag durch Plaudern und Musik einen harmonischen Ausklang zu geben. An der

Kugellager-Schreibmaschine
SMITH BROS
Wer eine Smith hat
bleibt ihr ewig treu.
1113 Generalvertreter
Prag. Lucerna. **Sibiana & Co.** Filiale Reichenberg, Rabenauer-Str. 15.

Egger & Co.
Prag-Karlin, Kratojska St. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
Eggers Milch- und Kaffeekekarnollen,
Eggers 140er Peppermint 544
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Kuhn & Kretsch
Likoriobrin
Teplitz-Schönau.

Brüder Fauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag Wyzocan.

Die Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art
Literatur.
Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

REMA
die beste
Speise-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

Hausfrau liegt es, dem Zusammensein die rechte Weihe zu verleihen, wenn sie durch tatkraftvolle Maßnahmen in jeder Beziehung dem müden und abgepannten Gast die rechte Erholung schaffen will. Unentbehrlich dabei ist der erfrischende Tee „Marke Teekanne“, der in Schalen neuzeitlicher Köpferkunst dampft, und den die sparsame hauswirthliche Frau bevorzugt, weil er so ungemein ausgiebig ist. Vielleicht auch, um sich durch seine wirkungsvollen Seidenmuster viele Möglichkeiten für Kleider- und Raumschmuck zu verschaffen. Wenn so der Ruhebüchse vom „guten Rauschen freudlicher Geselligkeit umhüllt“, die Hausfrau in deren nimmermüden Händen die zierliche Arbeit zu einem kleinen Kunstwerk wird, selbst Ruhe und Behagen ausstrahlt, wer sollte solche Stunden nicht als Feiertagen empfinden.

1124

Gasgefüllte elektrische Lampen.

Die große praktische Bedeutung der gasgefüllten Osram-Nitra-Lampe ist von Kaufleuten und Industriellen, von Technikern und Privatleuten längst erkannt worden. Namentlich die hochwertigen Osram-Nitra-Lampen, die gegenüber den luftleeren Glühlampen eine Stromerparnis von rund 50 Prozent aufweisen, und ein reinweißes ruhiges Licht ausstrahlen, werden allgemein sehr geschätzt und sind für viele Zwecke ein unentbehrliches Beleuchtungsmittel geworden. Durch ihre wirtschaftlichen und technischen Vorzüge als Starklichtquelle haben sie die früher häufig benutzte Bogenlampe fast vollständig verdrängt; die großen Montagehallen der Maschinenindustrie, Fabrikationsräume, Büros, Zeichensäle, Vortrags- und Konzertsäle, Ausstellungshallen, Theater und die Straßen und Plätze der großen Städte sind heute fast ausschließlich mit Osram-Nitra-Lampen als der gewandvollsten und wirtschaftlichsten Beleuchtungsart ausgestattet. Auch die mittelgroßen und kleinen Typen der Osram-Nitra-Lampe finden immer größere Verbreitung, sie werden oft der gewöhnlichen Metalladahlampe vorgezogen und dienen in vielfach sehr geschmackvollen und künstlerisch durchgeführten Beleuchtungsformen der Beleuchtung moderner Wohnungen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Czernach.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Ein unentbehrliches Handbuch Arbeiter-Jahrbuch 1923

das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das Arbeiter-Jahrbuch 1923 das in den nächsten Wochen im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Hausbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die fälschlichen „Familienalben“ mit ihren verlogenen, faden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heim dulden würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender und kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Feiertagen, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Di- aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Arbeiter-Jahrbuch“. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Arbeiter-Jahrbuch“ nicht mehr als 7 Kronen. Der Preis wurde so niedrig gehalten, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Hausbuch anzuschaffen. 1056

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das Beste und Billigste zur
täglichen Zahnpflege.
Erhältlich in Apothek n, Drogerien,
„A. Sümer-n und Konsumvere nen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.